

# Volks-Tribüne.

Social=Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 837 b des 16. Nachtrages zur Zeitungspreisliste.)

Redaktion und Expedition:  
S. O. (26). Cranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Cranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expeditoren:  
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 19.

Sonnabend, den 10. Dezember 1887.

I. Jahrgang.

## Inhalt:

**Bebel über die Sonntagsarbeit in Deutschland. — Frauen- und Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten. — Sozialistische Sekten in Frankreich. — Die Regierung und das Koalitionsrecht. — Aus dem Reichstage.**

**Der Vaterlose. Novelle. — Die Ausschreitungen des Großgrundbesitzes. — Bemerkungen zu den Grundzügen der Altersversicherung. — Eine Entscheidung der Reichskommission.**

**Die Präsidentschaftswahl in Frankreich. — Kleine Mittheilungen. — Vereine und Versammlungen.**

## Die Sonntagsarbeit und die Gesetzgebung in Deutschland.

In der Session 1884—85 beschäftigten den Reichstag eine Reihe von Anträgen zur Arbeiterschutzesgesetzgebung. Zentrum, Konservative, Nationalliberale und Sozialdemokraten hatten je nach ihrer Eigenart Stellung zu der Ausbildung der Fabrikgesetze genommen, und ihre Anträge lagen zu Anfang des Jahres 1885 einer eigens dazu erwählten Kommission vor. Diese kam nur dazu, sich mit der Frage der Sonntagsarbeit abzugeben; der Gesetzentwurf, den sie als Endergebnis ihrer Beratungen vor das Haus brachte, gelangte erst am 9. Mai 1885 zur Verhandlung, die Verhandlung wurde vertagt, aber nicht zu Ende geführt, weil wenige Tage darnach der Schluß der Session erfolgte, und man mußte sich wirklich noch wundern, daß die Regierung, die auch hier den allermandhesterlichsten Standpunkt verfolgte, sich wenigstens zu einer Enquete über die Verbreitung, die Ursache und die Wirkungen der Sonntagsarbeit aufschwang.

Das Ergebnis dieser zeitraubenden Enquete liegt seit dem Frühjahr in drei starken Folio-Bänden und einem Generalbericht vor, und es ist sehr dankenswerth, daß der Abg. Bebel das hier aufgehäufte Material in übersichtlicher Weise zusammengestellt und mit einer fortlaufenden, kurzen Kritik begleitet hat. Indem wir unsere Leser auf diese Bearbeitung aufmerksam machen, heben wir aus Bebel's einleitenden und abschließenden allgemeinen Bemerkungen zugleich das Folgende hervor:

„Unter den Forderungen zum Schutze der Arbeiter, die seit geraumer Zeit den deutschen Reichstag in jeder Legislaturperiode beschäftigen, gehört auch diejenige des Verbots der gewerblichen Sonntagsarbeit. Doch ist der Reichstag bisher über theoretische Erörterungen nicht hinausgekommen. Breitspurige Verhandlungen, in welchen die Frage von allen Seiten pro und contra beleuchtet wurde, haben anlässlich von bezüglichen Anträgen und Interpellationen in den Jahren 1877, 1878, 1882, 1883 und 1885 stattgefunden, aber zu einer befriedigenden gesetzlichen Regelung ist man nicht gelangt. Von fast allen Seiten wird zugegeben, daß die Bestimmung im § 105 der Reichsgewerbeordnung durchaus ungenügend ist. Diese lautet: „Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten. Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebs einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten, fallen unter die vorstehende Bestimmung nicht. Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen die Landesregierungen.“ Dabei ist es bis jetzt geblieben.

„Diese Gesetzesbestimmung kann als eine einheitliche Regelung der Frage für das Reich, wie sie schon allein in Rücksicht auf die Konkurrenzverhältnisse in jedem einzel-

nen Gewerbe durchaus notwendig wäre, nicht gelten, auch gewährt sie der Willkür der einzelnen Regierungen wie der einzelnen Unternehmer den weitesten Spielraum, und so braucht man sich nicht zu wundern, daß das Drängen nach gleichmäßiger gesetzlicher Regelung im Sinne eines möglichst umfangreichen Verbots der gewerblichen Sonntagsarbeit in den Arbeiterkreisen immer stärker wurde.

„Hierfür macht sich noch ein anderer sehr wichtiger Grund geltend. Die zunehmende Verschärfung des Konkurrenzkampfes der Unternehmerklasse unter sich, und namentlich seitdem die deutsche Industrie in erheblichem und stets wachsendem Umfange für den Export produziert, läßt einer großen Zahl von Unternehmern die Ausdehnung der Arbeitszeit auf die Nächte und die Sonn- und Festtage als das geeignetste Mittel erscheinen, den Konkurrenzkampf um so leichter zu bestehen. Die Betriebskosten werden dadurch sehr wenig gesteigert, sie vertheilen sich aber auf ein bedeutend größeres Produkt, und diese Arbeitsweise gestattet die Ausnutzung der Maschinerie und der technischen Hilfsmittel bis zur äußersten Grenze. Greift die Gesetzgebung nicht ein und gebietet sie nicht der wilden Konkurrenzjagd und dem Ausbeutungseifer der Unternehmerklasse ein Halt, so wird in kurzer Zeit auch der Sonntag als regelmäßiger siebenter Arbeitstag in der Woche figuriren und die Lohnverhältnisse werden sich so gestalten, daß die Arbeiter in sieben Tagen anstrengender Arbeit nicht mehr verdienen als jetzt in sechs. Die Thatsache, daß in allen Gewerben und Industrien mit regelmäßiger oder häufig vorkommender Sonntagsarbeit die Löhne durchschnittlich eher niedriger als höher sind wie dort, wo Sonntagsarbeit nicht üblich ist, zeigt, wohin wir steuern . . . .

„Es liegt also im dringendsten Interesse der Arbeiterklasse, gegen die Sonntagsarbeit als Mittel zur Lohndrückerei entschiedene Front zu machen, wie es ihr Interesse gebietet, dem entgegengegesetzten Bestreben der Unternehmerklasse gegenüber auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und Beseitigung der Nachtarbeit zu dringen. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse an der Entwicklung einer Industrie, die nur auf Kosten der Herabdrückung der Lebenshaltung des Arbeiters prosperirt, und ist auch das Verbot der Sonntagsarbeit im Vergleich zu den Umgestaltungen, welche eine Lösung der sozialen Frage notwendig macht, eine sehr unbedeutende Verbesserung seiner Lage, so muß er sie doch nachdrücklich fordern. Denn wie auf der absteigenden Linie eine Verschlechterung die andere nach sich zieht, so folgt in der aufsteigenden Linie eine Verbesserung seiner Lage aus der andern. Nur eine physisch und geistig kräftige und mit Energie ausgestattete Arbeiterklasse kann den Kampf für ihre Befreiung aufnehmen. Der Staat und das Gemeinwesen sind bei dieser Art von Arbeiterschutzesgesetzgebung gleichfalls interessiert. Die immer intensiver werdende Ausnutzung der physischen Kräfte des Arbeiters, die immer stärkere Heranziehung der Frauen und Kinder in die Industrie wirken auf die Degeneration der Rasse, sie zerstören das Familienleben des Arbeiters und berauben ihn jedes moralischen Halt. Daraus resultiren: Zunahme der Verbrechen, Massenverarmung, Untauglichkeit zum Militärdienst bei den Männern, physische Entartung für das eheliche Leben bei den Frauen, Ausbreitung der Schnapspest. Letztere ist dort am verbreitetsten, wo die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in Folge von übermäßiger Arbeitszeit bei niedrigsten Löhnen die ungünstigsten sind . . . .

„Was nun speziell die Frage der Sonntagsarbeit anbetrifft, so kann für Niemand, der die Ergebnisse in dem vom Reichsamte des Innern erstatteten Bericht nur einigermaßen durchgesehen hat, der geringste Zweifel bestehen, daß eine reichsgesetzliche Regelung absolut notwendig ist. Es handelt sich nicht nur um einen allgemeinen, weit eingetragenen Mißbrauch, der nicht bloß in den verschiedensten Gegenden, nicht bloß in den verschiedenen Betrieben ein und desselben Gewerbe- oder Industriezweigs im Grade sehr ungleich gehandhabt wird, sondern auch innerhalb der Betriebe ein und desselben Orts. Bei

der überall herrschenden Konkurrenzjagd und dem daraus resultirenden Druck der Preise sucht jeder seinem Konkurrenten durch immer billigere Waarenpreise zuvorzukommen, und das einfachste und nächstliegende Mittel dazu ist die immer maßlosere Ausnutzung der Arbeitskräfte durch Verlängerung des Arbeitstags, durch Einführung von Ueberstunden, Nachtarbeit, Sonntagsarbeit. Wer diese Ausbeutung am gewissenlosesten betreibt, erlangt über den gewissenhaften, humanen Unternehmer schließlich den Sieg, wenn dieser sich nicht entschließt, die ihm noch so widerwärtigen Praktiken gleichfalls nachzuahmen. Er mag also wollen oder nicht, er muß dem Strome folgen, und so wird, was Anfangs Ausnahme war, in kurzer Zeit Regel, aber ohne daß dadurch die Chancen der Unternehmer sich nur im Geringsten verbesserten. Das Gegentheil tritt ein, sie verschlechtern sich. Die Ueberproduktion wird nunmehr noch größer, die Preise sinken noch mehr, und so hat alle Berechnung der Unternehmer ein Loch. Die Arbeiter aber sind am schlimmsten daran, sie werden bis auf's Aeußerste ausgenutzt, ihr Lohn sinkt immer mehr. Was sie früher in sechs Tagen verdienten, verdienen sie jetzt nicht einmal in sieben. Sind sie Hausindustrie-Arbeiter und können sie auch noch Weib und Kind sieben Tage statt sechs anspannen, um so schlimmer. Der Lohn sinkt nur um so tiefer. Daher die Erscheinung, daß in allen Gewerben und Industrien ohne Ausnahme, wo die Arbeitszeit am längsten, die Anspannung der Kinder- und Frauenarbeit die stärkste ist, die Löhne am allerärmsten stehen. Die Verlängerung des Arbeitstags, die Verstärkung der Ausbeutung der Arbeitskraft, steigert nicht, sondern senkt den Lohn, das ist in der bürgerlichen Welt ein ökonomisches Gesetz.

„Die Unternehmer haben aus den Vorgängen der letzten zehn Jahre vielfach die Lehre gezogen, daß sie mit ihrer blinden, nach rein individueller Willkür verfahrenen Produktion sich alle gegenseitig ins Verderben reißen. So kam man auf die Idee einer gewissen Regulirung der Produktion — ein seinem innersten Kerne nach sozialistischer Gedanke — nur daß diese Regulirung der Produktion auf dem Wege der Unternehmerartelle, nicht aus Rücksicht auf die Arbeiter und das Gesamtwohl, sondern auf das persönliche Wohl der Unternehmer geplant und beschlossen wurde. Ihre Idee ist, das Produktionsquantum zwar zu vermindern, aber nicht dadurch, daß man die Arbeitszeit entsprechend verkürzt, sondern dadurch, daß man die Arbeiterzahl beschränkt. Eine Reduktion der Produktion, z. B. um 10 Prozent, hat die Folge, daß eine entsprechende Anzahl von Arbeitern auf's Pflaster gesetzt wird, die übrigen arbeiten in der alten Weise weiter, sie werden jetzt aber in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die künstlich vergrößerte Reservearmee der Arbeiter bedrückt und zu niedrigeren Löhnen und womöglich noch längerer Arbeitszeit gezwungen. Auf alle Fälle ist bei dieser Manipulation, die vielfach als ein Ausfluß hoher Unternehmereinsicht gepriesen wird, der ganze Vortheil auf Seiten der Unternehmer und der ganze Schaden auf Seiten der Arbeiter.

„Eine etwaige Produktionseinschränkung durch Verbot der Sonntagsarbeit u. würde also unter allen Umständen dem Arbeiter zu Gute kommen, ohne daß der Unternehmer merklichen Schaden hätte . . . .

„Freilich muß unumgänglich mit der Regulirung der Sonntagsarbeit die Regulirung der Wochenarbeitszeit vorgenommen werden. Die Berichte enthalten zahlreiche Andeutungen über die nahen Beziehungen der Sonntags- zur Nachtarbeit. Nicht wenige Unternehmer, welche sich für ein Verbot oder eine Einschränkung der Sonntagsarbeit aussprachen, trösteten sich mit der Hoffnung, daß der Ausfall dort mit Verlängerung der Wochenarbeit, durch Ueberstunden und Nachtarbeit, wieder eingeholt werden könne. Das hieße den Teufel durch Beelzebub austreiben.

„Und nicht wenige Arbeiter, die sich gegen ein Verbot der Sonntagsarbeit erklärten, thaten dies wieder nur aus der Befürchtung, daß ihnen künftig statt der Sonntags-

\*) Die Sonntagsarbeit. Auszug aus den Ergebnissen der Erhebungen über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen nebst kritischen Bemerkungen von August Bebel. Preis broschirt 1 Mk. Verlag von J. G. W. Dietz in Stuttgart.

arbeit die Feierabend- und Nacharbeit blühen möchte. Das ist in den Gutachten oft genug ausgesprochen worden. Daß dabei auch eine Anzahl Arbeiter sich gegen ein Verbot der Sonntagsarbeit erklärten, weil sie in Folge ihrer Kurzsichtigkeit die Wirkungen eines solchen Verbots nicht zu übersehen vermochten, und bei gedrückten Löhnen beschäftigt, befürchteten, mit noch verkürztem Verdienst sich begnügen zu müssen, ist ebenfalls in den Berichten ausgesprochen. Wo bliebe der Rückschritt und aller Konservatismus, wenn er die beschränkte Masse nicht zur Stütze hätte? Haben nicht Diejenigen immer das Kreuzige mit am lauteften geschrien, für welche die Bekräftigten am rühmlichsten eintraten? Die Kunst der Erhaltung des Bestehenden liegt darin, die Masse gegen ihr Interesse im Glauben an die Nothwendigkeit des Bestehenden zu erhalten und sie gegebenen Falles dafür zu fanatisiren. So kommt es, daß die Masse, die vernünftigerweise oftmals das Bestehende als ihren Interessen feindlich erkennen sollte, es verteidigt und seine Gegner bekämpft. Das erleben wir auch wieder bei der Frage des Verbots der Sonntagsarbeit. Wer die Menschen und den Gang der Dinge kennt, wird über die gegentheilige Entscheidung so vieler eigentlich für ein Verbot persönlich Interessirter nicht verwundert sein; man kann sich viel eher wundern, daß so viele, namentlich aus den Unternehmerkreisen, für eine Neuerung sich entscheiden, die noch vor wenig Jahren fast allgemeinem Widerspruch begegnete.

„Im Ganzen sind die Erhebungen für die Freunde der Sonntagsruhe günstiger ausgefallen, als man erwarten konnte, obgleich man offenbar sich bemühte, die Uebel möglichst abzuschwächen, und die Reichsregierung kann sich der Nothwendigkeit nicht entziehen, endlich gesetzgeberisch vorzugehen.“

## Ausbreitung der Frauen- und Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten.

Die „Cincinnati Zeitung“ schreibt:

„Es giebt Leute, welche bezüglich der Arbeiterfrage nicht glauben, was ihnen nicht klar mit Zahlen bewiesen wird. Ueber die Uebel, welche unser gegenwärtiges System des Produzirens zur Folge hat, ist schon so manches Treffende und Wahre geschrieben worden, aber so lange es nicht durch unbestreitbare Dokumente belegt werden kann, findet es bei der großen Masse unseres Volkes keinen Glauben.“

„So mit der Kinderarbeit. Während in Fabriktädten diese moderne Ungeheuerlichkeit stetig zunimmt, begegnen wir in kapitalistischen Zeitungen noch häufig der Behauptung, daß die von den Arbeitern darüber gemachten Angaben sensationeller Natur seien und das Uebel viel schwärzer schildern, als es in Wirklichkeit sich darstelle. Und da der Journalist oder Redner der Arbeiterpartei nicht immer die nöthigen Zahlenbeweise herbeischaffen kann, so muß er nicht selten jenen Blättern das letzte Wort, d. h. anscheinend Recht lassen.“

„Es ist daher eines der nothwendigsten Erfordernisse einer wirksamen Besprechung der Arbeiterfrage, gleichviel ob in Zeitungen oder von der Rednerbühne herab oder im Privatkreise, statistische Belege für die Arbeiter zur Hand, wenn nicht im Kopf zu haben, und allzeit schlagfertig dem Gegner entgegenzutreten zu können.“

„Das ist leichter als Viele glauben, da trotz des kurzen Bestehens unserer statistischen Staats- und National-Bureaus (der von uns schon öfter erwähnten „Bureaus für Arbeitsstatistik“) dieselben schon eine Fülle des interessantesten Materials zum Verständniß der Arbeiterlage gesammelt haben; das aber wegen der Nähe und Vorbereitung, die es kostet, um die Zahlen zusammenzustellen, in den Arbeiterorganen leider viel weniger benutzt wird, als es im Interesse der allgemeinen Aufklärung zu wünschen ist.“

„Doch um zur Kinderarbeit zu kommen! Carroll D. Wright's, des Bundesstatistikers, lehrreicher Bericht über die in verschiedenen Industriezweigen beschäftigten Arbeiter zeigt, wie in immer größerem Maße allmählich die Weiberarbeit die des Mannes, und die der Kinder die beiden anderen verdrängt.“

„In der Fabrikation von Wollenwaaren sind in den von den Bureau-Beamten untersuchten Geschäften in Missouri und New-Hampshire gar keine Kinder beschäftigt; im ersteren Staat dagegen ein Fünftel aller Arbeiter erwachsene weibliche Personen und im letzteren ein Drittel. In dem gottesfürchtigen und frömmelnden Massachusetts sind in derselben Geschäftsbranche ein Achtel der Beschäftigten — Kinder, drei Achtel erwachsene Mädchen und Frauen, und nur die Hälfte Männer. Im Staate New-York sind drei Zehntel (also fast ein Drittel) Kinder, zwei und ein halbes Zehntel Weiber, und nicht ganz die Hälfte Männer. Aber Vermont steht mit seinen Wollen-Fabriken in der Kinder-Ausnutzung obenan, indem von den darin Angestellten drei und ein halbes Zehntel (35 Prozent!) Kinder sind, zwei Zehntel (20 Prozent!) erwachsene Frauenspersonen und vier und ein halbes Zehntel (nur 45 Prozent!) Männer.“

„Bei der Fabrikation von Metall und Metallwaaren fand man in Delaware, Indiana, Maryland, Massachusetts und anderen Staaten nur Männer beschäftigt; in Ohio dagegen waren ein Zwanzigstel der Arbeiter Kinder, in New-York ein Sechzehntel und in Illinois ein Siebentel!“

„Im Rutschen- und Wagengeschäft waren in den in New-York und Connecticut besuchten Werkstätten weder

Frauen, noch Kinder beschäftigt, in Illinois dagegen ein Sechzehntel Kinder und in Ohio ein Bierzehntel der Beschäftigten Frauen.“

Und dies sind noch lange nicht die schlimmsten Zahlen. Aber auch bei diesen kann man nicht umhin, zu fragen: wenn in einigen Staaten der nordamerikanischen Union die Produktion ohne Kinder- und Weiber-Arbeit möglich ist, warum nicht in anderen? Die Antwort lautet: weil die Konkurrenz die Fabrikanten in jenen Staaten noch nicht dazu getrieben hat. Da aber diejenigen Unternehmer, welche „am billigsten“ produziren, d. h. am meisten die billigsten Arbeitskräfte ausbeuten, heute die anständigeren Konkurrenten besiegen und vernichten, so wird die Konkurrenz allmählich überall die gleichen verheerenden Folgen erzeugen — wenn nicht durch Gesetz die Kinderarbeit allgemein verboten und die Frauenarbeit geschützt wird, und wenn durch starke Organisationen der Arbeiterinnen die Löhne der Frauen nicht gehoben werden.

Geschieht das nicht, so werden alle Fabrikanten mehr und mehr die Kinderarbeit einführen und die Männer zwingen, zu Hause zu sitzen und von dem zu existiren, was ihre Kinder auf Kosten ihrer Gesundheit und ihrer jungen Leben verdienen.

Kann irgend eine kapitalistische Zeitung vielleicht erklären, warum das so sein muß, und ob im Angesicht dieser unleugbaren Thatfachen die Konkurrenz, die Produktion auf der Basis der Trennung von Kapital und Arbeit — denn sie ist die Mutter der heutigen Kinderarbeit — ein Segen oder ein Fluch der Menschheit ist?!

## Sozialistische Sekten in Frankreich.

I.

3 Abgesehen von den Fraktionen der Possibilisten und Kollektivistin existirt in Frankreich eine wahre Unmasse von politisch-ökonomischen Kirchen und Kapellen, welche sich, der Zeitströmung entsprechend, mit dem Titel „sozialistisch“ und „revolutionär“ herausputzen und ihren Doktrinen einen Tropfen reinen oder verfälschten sozialistischen Oels beimgen.

Unter diesen „sozialistischen“ Sekten verdienen die Blanquisten den ersten und hervorragendsten Platz, auf den sie sich in Folge ihrer zähen Energie und ihrer muster-gültigen Organisation emporgeschwungen haben.

Dank diesen beiden Eigenschaften finden sie bei jeder Aktion, welche sie unter der Masse hervorrufen, zahlreichen Anhang, und ihre Haltung ist z. B. bei Wahlen u. in verschiedenen Arrondissements von ausschlaggebender Bedeutung. Obgleich sie zuweilen mit den Possibilisten und sehr oft mit den Kollektivistin Hand in Hand gehen, haben sie doch ihr eigenes Programm und volle Autonomie bewahrt.

Anfangs nur eine Gruppe politischer Geheimbündler und Verschwörer, wurden sie nach und nach zu einer politischen Partei, die von den Thatfachen, von der Berührung mit den sozialistischen Doktrinen gedrängt, sich auch mit den ökonomischen Fragen beschäftigen mußte. Und wenn man in einer blanquistischen oder sozialistischen Versammlung die Redner der Partei hört, findet man kaum einen Unterschied zwischen Blanquisten und Sozialisten heraus, sobald es sich um die Kritik der heutigen Gesellschaft u. handelt. Aber einen Schritt weiter, und die Differenz tritt zu Tage: die Sozialisten sind der Ansicht, daß die Emanzipation der Arbeiter das Werk des Proletariats und das Resultat einer geschichtlich-ökonomischen Entwicklung sein müsse; die Blanquisten dagegen sind überzeugt, daß die Volksbefreiung die That eines kleinen Häufleins energischer Männer sein könne, die sich durch einen kühnen Handstreich zu Herren der politischen Gewalt gemacht, und die von dieser Stellung aus durch die „freie Gemeinde“ (Kommune) das Gemeinwohl dekretiren. Der Tradition ihres Meisters und Gründers gemäß sind die Blanquisten Staatsstreicher par excellence geblieben, nur sozusagen demokratische, revolutionäre Staatsstreicher.

Blanqui war in Frankreich einer der ersten revolutionären Kommunisten. Während die Utopisten von einer idealen Gesellschaft träumten, welche die Interessen der Besitzenden und Nichtbesitzenden in Einklang setzen würde, zeigte Blanqui schon in seinen Jugendschriften, daß er eine Ausöhnung der widerstreitenden Interessen für durchaus ausgeschlossen hielt, nur die „Gewalt“ könnte den „sozialen Ungerechtigkeiten“ ein Ende machen.

Blanqui's Einfluß auf die Masse war nur gering, theils weil er bei der eigenthümlichen Richtung seiner Thätigkeit seine Kraft in jakobinistischen Komplotten verzehrte, sich direkt nur an einen eng beschränkten Verein wandte und die Mitwirkung der Masse erst in letzter Instanz forderte, theils auch wegen seiner langen Haftzeiten in verschiedenen Gefängnissen. Von 1830—1880, also binnen 50 Jahren hat er nicht weniger als 37 Jahre im Gefängnisse zugebracht! — Desto größer war aber der Einfluß; man ist fast versucht zu sagen, die magische Gewalt, welche er auf seine engeren Freunde und Anhänger ausübte, eine Gewalt, welche zusammen mit der militärischen Disziplin, die er seinem Kreis gegeben, zum absoluten blinden Gehorsam gegen seine Befehle führte.

Die ersten schwachen Keime der Konstituierung der Blanquisten als politische Partei datiren gegen Ende des Kaiserreichs. Anfangs der sechziger Jahre, während einer Haft in St. Pélagie (Gefängniß für politische Verbrecher) machte Blanqui die Bekanntschaft mehrerer Studenten und junger Gelehrten, welche daselbst wegen geringfügiger Preßvergehen Strafen abbüßten. Blanqui verstand, die

unklaren jugendlichen Köpfe und die leidenschaftlich pulsirenden Herzen zu erobern und organisirte die jungen Leute in eine kleine aber wunderbar gut disziplinierte Truppe, die er zu einem wahren revolutionären Offizierkorps herausbildete. Er bediente sich der Gruppe, um 1864 auf dem Kongreß der Freidenker von Lüttich, eine revolutionäre Manifestation in Szene zu setzen. Ferner war sie es, welche die Demonstration von Menilmontant organisirte. Die Studenten, welche dabei unter dem Rufe: „Es lebe die Republik“ über den Boulevard zogen, wurden verhaftet, desgleichen auch Arbeiter, welche während des Handgemenges gegen die Polizei und für die Manifestirenden Partei ergriffen. Im Verlaufe der Haft traten Studenten und Arbeiter in enge Beziehungen zu einander, letztere wurden bald eifrige Anhänger „der Alten“, und dies war der erste Schritt, mit dem der Blanquismus aus den kleinbürgerlichen Kreisen in die Faubourgs der Arbeiter stieg. Die neue Heeresmannschaft war nicht müßig. Schon im folgenden Jahre, 1865, konnten fünf Mitglieder der blanquistischen Gruppe mit Hilfe der von den Arbeitern aufgebrauchten Gelder als Delegirte zu dem Genfer Kongreß der Internationale gesandt werden, und zwar mit dem bestimmten Auftrage, die Mitglieder der Pariser Sektion gründlich anzugreifen.

Obgleich nämlich Blanqui die Gründung der Internationale mit lebhafter Genugthuung begrüßte, mißfielen ihm doch Zusammensetzung und Tendenzen der Pariser Sektion höchlich. Die Mehrzahl der in ihr vertretenen Arbeiter waren im Grunde und wie sich später zeigte harmlose Spießbürger, die sich ein und für allemal mit schwächlichen ökonomischen Reformen begnügt hätten. Dazu verhielten sie sich dem Ideal der Republik gegenüber kalt und gleichgültig. Blanqui wollte die Pariser Sektion „deparlamentarisiren und revolutioniren“, und der Kongreß sollte ihm dazu behilflich sein. Der Kongreß verweigerte jedoch den blanquistischen Delegirten, die keine Sektion der Internationale repräsentirten, das Recht, an den Sitzungen Theil zu nehmen, und so setzten sich dieselben unter das Publikum, von da aus die Pariser Sektion auf das Heftigste angreifend. Dieses Vorgehen rief natürlich große Aufregung hervor, während welcher die Ordre vom Meister einlief, die Angriffe einzustellen. Die Delegirten weigerten sich jedoch zu gehorchen, „da nur die Arbeiter, welche ihre Reife bezahlt, ihnen Gegenbefehle zu ertheilen hätten.“ Dieser Ungehorsam gegen „den Alten“ war eine so unerhörte Thatsache, daß die Delegirten bei ihrer Rückkehr von der Partei in Anklage verfiel, aber freigesprochen wurden.

Mit dem kleinen Häuflein seiner Anhänger trat Blanqui wieder im August 1870 in Aktion, indem er den Posten der Pompiers-Sapeurs (soldatische Feuerwehr) von La Villette angriff und von da aus Paris revolutioniren wollte, ein Versuch, der selbstredend fehlschlagen mußte.

Die blaue Septemberrepublik enttäuschte die Blanquisten gründlich, und so blieben sie während der Belagerung die Häupter und thätigsten Agenten der revolutionären Bewegung. Während der Kommune zählten die Blanquisten, die eine kleine, aber sehr energische Minorität im Zentralkomitee hatten, neun der ihrigen in der Gemeindevertretung, und dieselben gehörten zu den Leitern und Organisatoren des Widerstandes bis zuletzt.

Nach dem Fall der Kommune flüchteten die Blanquisten nach London, wo sie in der Hoffnung in die Internationale eintraten, sich derselben bemächtigen und sie nach ihrem Sinne ummodellieren zu können. Da jedoch ihre diesbezüglichen Pläne fehlschlügen, so zogen sie sich von der Internationale zurück und gründeten die „Commune révolutionnaire“.

Sobald die Amnestie ihre Rückkehr nach Frankreich erlaubte, stellten sie sich wieder unter ihren Meister, dem die Wahl von Bordeaux 1879 die Thore des Gefängnisses von Clairvaux geöffnet hatte. Mit den Trümmern der alten Gruppe und ethischen neuen Anhängern formirte nun Blanqui seine „revolutionären Cadres“ und gründete die „revolutionäre Partei.“ Dieselbe hat in vielen der Pariser Arrondissements ihre Komitees, welche sämmtlich mit dem revolutionären Zentralkomitee verbunden sind. Die Disziplin der Organisation ist äußerst stramm und wird mit militärischer Strenge gehandhabt. Die Partei hatte eine Zeit lang ein tägliches Blatt „Ni Dieu, ni Maître“ (Weder Gott noch Herr), welches später nur noch wöchentlich herauskam und dann ganz verschwand.

Das letzte Lebensjahr Blanqui's war mit einer un-gemein thätigen Propaganda ausgefüllt, welche sich an die Arbeitermasse wendete. Aber der alte Verschwörer wurde zwar gern gehört und lebhaft applaudirt, fand jedoch nur geringen Anhang, die Strömung der Arbeiterbewegung begann bereits sich in rein sozialistischer Richtung vorwärts zu bewegen. Blanqui, der in seinem Leben fünfmal zum Tode verurtheilt gewesen, starb friedlich an einem Schlag-flusse bei einem seiner Freunde in großer Armuth.

Seine Anhänger führten die Agitation weiter, und zwar der Tradition des Meisters gemäß. Erst in den letzten Jahren haben sie sich, wie bereits bemerkt, den ökonomischen Fragen zugewendet und dadurch die Physiognomie ihrer Partei etwas verändert.

Die Blanquisten sind Kommunisten und Hebertisten; als letztere wollen sie Alles durch die Gemeinde und die Diktatur der Kommune von Paris über alle Kommunen Frankreichs. „Sobald das Volk von Paris in den Besitz der Macht gelangt, wird es mit allen Mitteln revolutionär vorgehen.“ dies ist einer ihrer Hauptglaubenssätze. Ihr Programm ist so allgemein „revolutionär“ gehalten, daß sie mit allen die jetzige Gesellschaft bekämpfenden Parteien gehen können.

In die Streitfragen über Programm und Taktik der sozialistischen Fraktionen haben sich die Blanquisten nie gemischt, wenn es die Umstände forderten, haben sie Possibilisten wie Kollektivisten ihre Unterstützung geliehen, je nachdem die einen oder anderen Hilfstruppen benötigt waren. In den letzten Jahren jedoch, seitdem sich die Partei mehr mit ökonomischen Fragen beschäftigt, hat sie sich den Kollektivisten bedeutend genähert, deren konsequenter Haltung und Organisationsbestrebungen ihrem Geiste besser entsprechen. Nur mit den Anarchisten haben sie sich nie verstanden und verständigen können, und es ist zwischen beiden Parteien zu wahren Schlachten gekommen, bei denen weder Häute noch Stuhlbeine gespart wurden. Der bisher skizzierte Charakter der Blanquisten erklärt diese handgreifliche Differenz zur Genüge: den Anhängern von Disziplin und Organisation muß die Partei der prinzipiellen Unordnung antipathisch gegenüberstehen und umgekehrt.

Die Komitee's, welche dem Zentralkomitee untergeordnet sind, mögen nur 200 bis höchstens 300 „kämpfende“ Mitglieder zählen. Das erscheint als eine Handvoll Leute, aber diese Handvoll ragt durch ihre Energie und Disziplin hervor. Die Mehrzahl der Blanquisten rekrutiert sich aus energischen, thatfreudigen Männern, die stets zu einem „Handstreich“ geneigt sind, mag derselbe noch so abenteuerlich und gewagt erscheinen. Sobald die Ereignisse ein Waagnis in Aussicht stellen, sind die Blanquisten auf der Bresche und voll feberhafter Thätigkeit. Erst jetzt, bei den letzten Pariser Vorgängen und der unsicheren Situation waren sie wieder die Ersten, welche die „Republik in Gefahr“ erklärten. Ihr Zentralkomitee tagt gegenwärtig in Permanenz, und unter den Manifestirenden sind die Blanquisten zahlreich vertreten, auf das erste Zeichen des Zentralkomitee's hin zum regelrechten Ansturm bereit.

Die hervorragendsten und bekanntesten Blanquisten sind: Baillant, Gemeinderath, Rouillon, Endes, Ergeneral der Kommune, Soullé, Chauvière, Baron Marguerite. Dieselben treten nicht nur in den von ihrer Partei organisierten, sondern auch in den sozialistischen Versammlungen als Redner auf. Ueberhaupt rücken die Blanquisten, von den Verhältnissen gedrängt, immer mehr in geschlossener Reihe mit den Sozialisten vor. In den Wahlen der jüngsten Jahre haben sie mit den Kollektivisten und unabhängigen Gruppen zusammen die „Union socialiste“ gebildet, deren Kandidaten über 20 000 Stimmen auf sich vereinigen, ein Erfolg, der nicht zum wenigsten auf die energische Agitation der Blanquisten zurückzuführen ist. Die meisten der eben genannten Männer stehen dem modernen Sozialismus durchaus nahe, erkennen seine Forderungen an, nur daß sie in Folge ihres Temperaments daneben an der Blanquisten Tradition festhalten. Eine eigenthümliche Stellung behauptet Baillant. Ein Mann von tiefen und umfassenden Kenntnissen, gehört er zwar äußerlich noch zur blanquistischen Partei, vertritt jedoch mit Wort und That den reinen Marxismus und ist eine der thätigsten und gediegensten Stützen der Kollektivisten. Es steht zu erwarten, daß sein in blanquistischen Kreisen ungemein großer Einfluß die Partei immer mehr als Masse in das sozialistische Lager leiten und diesem dadurch geschulte und organisierte Kräfte zuführen wird, deren Eintritt in Reih und Glied nicht zu unterschätzen ist.

## Sonst und Jetzt.

Der „Verein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer“, der jetzt gegen 2000 Mitglieder zählt, feierte am Sonntag das Fest seines 25jährigen Bestehens in glänzender Weise.

Der Festschrift, welche die Geschichte des Vereins von 1862 bis 1887 auf das Eingehendste behandelt, entnehmen wir die Mittheilung, daß 1864 eine eigens dazu gewählte Kommission folgende Petition dem Minister des Innern persönlich überreichte:

„Hohes Königlich Ministerium!

Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Massen zunächst die Beseitigung der in der gegenwärtigen Gesetzgebung gegen den Arbeiter aufgerichteten Schranken erheischt, bitten die ehrerbietigst unterzeichneten Buchdrucker-Gehilfen:

in Erwägung:

- 1) daß erfahrungsmäßig der Arbeitslohn mit den steigenden Preisen der Lebensbedürfnisse nicht Schritt hält;
- 2) daß das wirtschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage den Arbeiter der Waare gleichstellt und ihm in seinen Konsequenzen unter Umständen nicht einmal das zur nothdürftigsten Lebensfristung erforderliche Minimum von Lohn sichert;
- 3) daß der einzelne Arbeiter faktisch außer Stande ist, eine, wenn auch noch so notwendige und gerechtfertigte Erhöhung des Arbeitslohnes herbeizuführen, und daher das Recht der Koalition im Interesse einer annäherungsweise Ausgleichung des Uebergewichts des Unternehmers über den unbemittelten Arbeiter als eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit erscheint;

Ein Hohes Königl. Staatsministerium wolle: im Wege der Gesetzgebung die, der freien Vereinigung der Arbeiter entgegenstehenden und die Möglichkeit der Mitbestimmung der Arbeitslöhne durch die Arbeiter ausschließenden Bestimmungen der Gewerbeordnung von 1845 (§§ 182, 183, 184) aufheben.“

Die Audienz beim Minister Eulenburg — heißt es dann weiter in der Festschrift — fand am 27. Mai 1864 statt und war der Empfang ein sehr freundlicher, wie denn der Minister die Deputation auch der wärmsten Sympathien der Regierung versicherte. Der Petition schlossen sich andere Kollegenkreise an, wie sie auch Veranlassung wurde, daß andere Arbeiterverbände, z. B. der Berliner Arbeiter-Verein, die schlesischen Weber, Fühlung mit dem Verein suchten, der jetzt in aller Munde war.“

Das war im Jahre 1864 und unser vielgepriesener Fortschritt will es natürlich, daß wir im Jahre 1887

nicht mehr auf diesem überwundenen Standpunkt stehen. Und in der That, der Fortschritt ist ein ganz ungeheurer! Wenn heute ein Verein — ein Arbeiterverein natürlich — eine derartige Petition beschließen wollte, so würde er sofort für einen durch und durch „politischen“ erklärt werden, weil er „Einfluß auf die Gesetzgebung“ zu gewinnen trachte. Würden andere Vereine — Arbeitervereine natürlich — mit ihm „Fühlung suchen“, so gäbe das Anlaß zu einem recht netten Monstreprozeß in der Art so vieler Gewerkschaftsprozesse, zur Verurtheilung aller „Führer“ und zur polizeilichen Schließung so mancher Vereins. Und jeder Minister würde es natürlich entrüstet ablehnen, Leute zu empfangen, die nicht in das Ministerhotel, sondern auf die Anklagebank gehören. Und das „Recht der Koalition“? Nun, für die Arbeiter haben wir es allerdings beseitigt, dafür haben wir aber durch Gesetz eigene Koalitionen (Berufsgenossenschaften) der Unternehmer gebildet. Auch hier also Fortschritt nach zwei Seiten zugleich!

So hat sich Preußen und Deutschland seit zwanzig Jahren entwickelt.

Nur das Eine ist unverändert geblieben: nach wie vor den Ausnahmegeetzen und Streikerlassen werden die Arbeiter in gleicher Weise „der wärmsten Sympathien der Regierung versichert!“

## Aus dem Reichstage.

Donnerstag, 1. Dezember. Die Debatte über die Erhöhung der Getreidezölle wurde vom preussischen Landwirtschaftsminister mit einer Rede eingeleitet, welche dem lerneifrigen Schüler der Agrarier alle Ehre machte.

Herr Dr. Lucius hat in der That unablässig daran gearbeitet, seine alten Anschauungen von der Entwidlung des modernen internationalen Verkehrs zu „überwinden“, und wenn in einem verborgenen Winkel seiner Ansichten vielleicht doch noch ein Rest freihändlerischer Ideen schlummern sollte, so ist der „Patriotismus“ des fugsamen Ministers unterdeß so hoch gewachsen, daß er ihm gern diesen Rest zum Opfer bringt. Erleichtert wird dieses Opfer Herrn Lucius auch dadurch, daß er selber Großgrundbesitzer ist. Bezeichnend für die Wandlungsfähigkeit deutscher Staatsmänner ist und bleibt es jedoch, daß Herr Lucius 1870, wo der „Patriotismus“ doch gewiß kein geringer war, zu den Unterzeichnern eines Aufrufs gehörte, der den Schutzzöllnern gegenüber energisch betonte, „daß die rein wirtschaftlichen Interessen am gezieltesten entwickelt und am gerechtesten geregelt werden durch den freien Austausch (zwischen den Völkern); daß die Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Ländern den Wohlstand ebenso hebt, wie die Arbeitsteilung zwischen Landesgenossen; daß die sogenannten Schutzzölle, welche die internationale Arbeitsteilung hemmen, besonders schädlich sind für Deutschland . . .; daß die Schutzzölle außer ihrer allgemeinen Schädlichkeit den Stempel einer offensibaren Ungerechtigkeit an sich tragen . . .; daß also der auf uns lastende Rest des Schutzzollsystems beseitigt werden müsse.“ Heute spricht derselbe Mann für eine Verdoppelung der Weizen- und Roggenzölle, nachdem schon 1885 eine Versechsfachung des ursprünglich vorgeschlagenen Zolles stattgefunden hatte! Von diesem ursprünglich vorgeschlagenen Zoll von fünfzig Pfennigen pro 100 Kilogramm meinte damals die amtliche Tariffkommission selber: „der Mehraufwand der Arbeiterfamilie (an Brod) würde jährlich 3,75 Mark ausmachen“, damals äußerte Fürst Bismarck noch, selbst der „verrückteste Agrarier“ könne nicht einen Roggenzoll von zwei Mark fordern, und heute fordert man sechs Mark, also nach der Berechnung der Tariffkommission eine Brodsteuer von 44 Mark jährlich! Und Herr Lucius, der preussische Landwirtschaftsminister war es, der in gewissem Sinne erst das Signal zu dem neuen Sturm auf der Agrarier gab, indem er im Mai d. J., zur Ueberraschung sogar der Konservativen, im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte, der Landwirtschaft könne nur mit schleuniger Erhöhung der Zollsätze geholfen werden. Kein Wunder, daß nach dieser Aeußerung der ganze Heißhunger der Großgrundbesitzer wieder erwachte, und daß der preussische Landwirtschaftsrath ihre Wünsche alsdann zum Ausdruck brachte, die nunmehr die Gestalt einer förmlichen Regierungsvorlage angenommen haben.

Als zweiter Redner kam — seitens der Zollfreunde — der konservative Herr v. Hellborn an die Reihe, der sich die Widerlegung seiner Gegner dadurch sehr leicht machte, daß er die Klagen über neue Belastung und Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel als bloße „agitatorische Phrasen“ hinzustellen wagte. Die Demagogie unseres Agrariertums charakterisirt es auch, daß Herr v. Hellborn den Groll der Massen über die neue Verkümmern ihrer Ernährung auf die — Bäcker abzulenken suchte, eine Demagogie, die, wie die Bäckerkrawalle früherer Jahrzehnte beweisen, unter gewissen Umständen gefährlich werden könnte, wenn — nun wenn die Massen durch die Sozialdemokratie nicht bereits genügend aufgeklärt wären, woraus heute in der Hauptsache Nothstände und Entbehrungen entspringen.

Der dritte Bestürmter aller agrarischen Begehrlichkeiten war der freikonservative Herr Gehlert, der volkswirtschaftliche „Struwelpeter“ des Reichstages, der sich selbst im Parlamentsalmanach als „Autodidakt“ und „Staatssozialist“ bezeichnet, und der dieser Bezeichnung alle Ehre macht, wenn er damit sagen wollte, daß er zwar nichts grübelnd verfinke, aber dem heutigen, von Interessentoterien beherrschten Staate alles zu bewilligen geneigt sei, und daß er gegen denjenigen „Sozialismus“ nichts einzuwenden habe, der die Taschen der Armen leert,

um die Truhen der Reichen noch mehr zu füllen. Das Auftreten dieses Mannes ist um so beschämender, als er einen Wahlkreis (Schopau-Marienberg) vertritt, der zu den ärmsten Bezirken Sachsens gehört, dessen Bevölkerung also unter der Brodvertheuerung ganz besonders zu leiden hat.

Gegen die Vorlage sprach gleich nach dem Minister Peter Reichensperger, dessen Rede von seinen eigenen Parteigenossen sehr kühl aufgenommen wurde — wohl ein Zeichen dafür, daß im Centrum die strikt ablehnende Haltung des alten Parlamentariers wenig getheilt wird, daß hier vielmehr die agrarischen Elemente vom Schlage Schorlemer's, der plötzlich im Reichstage als Gast wieder auftauchte und die „staatsmännlich vermittelnden“ Vefreiter von der Art des Herrn Windthorst vollständig Oberwasser haben. — Die Nationalliberalen werden erst morgen einen Redner für die Zollerrhöhung in's Feuer schicken, heute sprach der Kammergutspächter Geibel einstweilen dagegen. Am Schluß der Sitzung kam noch der freisinnige Abg. Lorenzen zum Wort, ein praktischer Landwirth und Hofbesitzer aus dem Holsteinischen, der gerade durch sein nüchtern christliches Auftreten manchen Ritterguts- und Fideikommißbesitzer beschämte.

Freitag, 2. Dezember. Am zweiten Tage der Kornzolldebatte traten die Herren v. Frege und v. Kardorff als unverfrorenste Kämpen des egoistischen Agrariertums auf. Herr v. Frege war der Nationalliberale Leemann bereits mit einer Rede für die Zollerrhöhung vorangegangen. Wie um zu zeigen, daß ein nationalliberaler Agrarier in jeder Beziehung doch nur eine Halbheit sei, schlug der reichsparteiliche sächsische Grundbesitzer den denkbar schärfsten Ton an. Zudersteuer, Branntweinsteuer, alles Bisherige war noch nichts, um der Plasmacherei unserer Großgrundbesitzer zu genügen. Deutschland schwebte noch immer in der Gefahr, daß die „Raub- und Industrieritter der Neuzeit die alten Familiensitze an sich reißen“. Darum her mit den Getreidezöllen! Da Herr Frege weiß, daß man ohne jede Bescheidenheit am allerweitesten kommt, so stellte er gleich noch in Aussicht, daß nach den Zöllen sehr bald der Bimetallismus kommen werde — zur nochmaligen Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte. Herr v. Kardorff, der Gutsherr von Wabnitz, ritt dieses Stedenpferd dann munter weiter und war offen genug zu äußern, daß „wir“ von der Doppelwährung eine „bedeutende Steigerung der Preise“ erwarten. — Freiherr v. Landsberg, ebenfalls Besitzer eines großen Landkomplexes, nahm dann, im Gegensatz zu Reichensperger, für „die große Zahl“ von Zentrumsmitgliedern das Wort, welche „der Vorlage sympathisch gegenüberstehen“.

Gegen die Brodvertheuerung sprach in langer Rede der freisinnige Abg. Barth, einer der kenntnißreichsten Verteidiger des Freihandelsystems, und vor ihm der Sozialdemokrat Paul Singer. Letzterer wies auf den Klassencharakter der heutigen Wirthschaftspolitik hin, auf die Bedrückung der Armen durch Lebensmittelzölle und indirekte Steuern und auf die Gefahren, welche unserer exportirenden Industrie erwachsen, wenn das Ausland zu Repressivmaßregeln griffe. Er schloß alsdann mit den Worten:

Wir stehen in diesem Augenblicke Ihrem Vorgehen machtlos gegenüber, wir können nichts weiter thun, als Ihnen immer wieder wenigstens das Eine nachzuweisen, daß die Erhöhung der Getreidezölle den arbeitenden Klassen zum Schaden gereicht, daß die Kluft zwischen den Besitzenden und den Besiglosen immer mehr erweitert wird, bis Sie selbst einsehen werden, auf welchen Boden Sie sich mit solchen Maßregeln gestellt haben. Auch unter den landwirtschaftlichen Arbeitern, die durch die bestehende Gesindeordnung in einer klaffenden Abhängigkeit von Ihren Brodherren gehalten werden, findet sich jetzt schon der Wunsch, ein besseres, menschenwürdiges Dasein zu führen. Dies ist die Folge unseres Militarismus, das die Leute vom Lande in die große Stadt führt, sie dort mit den Bedürfnissen der Menschheit bekannt macht und anküßt über das, was sie zu fordern berechtigt sind. So hat der wachsende Militarismus doch wenigstens einen Vortheil. — Die ganze Politik, in der wir uns befinden, die ganze Situation, aus der Sie den Muth und die Kraft schöpfen, diese reaktionären Vorschläge zu machen, ist für das Land eine durchaus verhängnisvolle, und die Stunde wird kommen, in der Sie selber einsehen werden, wie sehr Sie mit dieser Maßregel das Volk belasten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach Schluß der Diskussion beklagte sich noch der „eine Antisemit“ des Reichstages, Herr Dr. Bödel-Capistrano, daß er nicht zum Worte gekommen sei; er würde für die Zollerrhöhung Partei genommen und speziell erörtert haben, „wer denn die Leute sind, welche den Ruin des Bauernstandes herbeiführen“. (Große Heiterkeit.) Das agrarische Programm des Dr. Bödel scheint demnach aus zwei Grundfragen zu bestehen, nämlich: Kein fremdes Getreide herein! und: Juden raus!

Die Vorlage wurde an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Sonnabend, 3. Dezember. Die Reichsboten feiern heute und so gewinnen wir Zeit, einen kritischen Blick auf den Antrag des freikonservativen Abg. Lohren zu werfen. Dieser Antrag ist für die verlogene Demagogie unserer Getreidezöllner ebenso bezeichnend wie die oben erwähnte Auslassung des Junkers v. Hellborn.

Herr Lohren wünscht nämlich mit Unterstützung seiner Partei ein „Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung“, nach welchem die Bäcker und Verkäufer von Brod verpflichtet sein sollen, durch Anschlag am Verkaufstisch täglich den Preis und die Zusammensetzung des Brodes zur Kenntniß des Publikums zu bringen. Es kann den Arbeitern natürlich ganz gleich sein, ob dieser — übrigens uralte — Einfall Gesetz wird oder nicht; denn dadurch daß der Bäcker Preis und Zusammensetzung seiner Backwaare auf einen Zettel schreiben muß, wird

natürlich das Brod weder billiger noch besser. Aber der Antrag soll offenbar das Volk täuschen und den Anschein erwecken, als ob die Brodvertheuerung lediglich von den Bäckern ausginge und als ob es gerade die Konservativen wären, welche den „süßen Pöbel“ vor einer Preissteigerung der nothwendigsten Lebensmittel schützen wollten.

Das ist niedrigste Demagogie, denn das heißt sich nicht an die Massen wenden, um sie aufzuklären, wie es eine ehrliche Demokratie wünschen muß; das heißt vielmehr auf die Unwissenheit und die niedrigsten Instinkte der Masse spekulieren, um sie von der Spur ihrer wahren Feinde abzulenken.

Glücklicherweise ist die Masse, der Arbeiter wenigstens, für solchen täppischen politischen Bauernfang nicht mehr zugänglich.

Sonntag, 4. Dezember. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Blatt des Kommissionäraths Binder und des Fürsten Bismarck, beutet heute die Rede Bebel's aus, um Stimmung für das Sozialistengesetz zu machen. In seinem Eifer geht das Kanzlerblatt sogar soweit, es Herrn Bebel zum hohen Vorwurf anzurechnen, daß er den Heeresdienst eine — „Blutheuer“ genannt habe — als ob das nicht hunderte und tausende, oft sehr konservativer Männer schon lange vor Bebel gethan hätten. Rührt der Artikel, der voll ist von Ausbrüchen „nationaler“ Entrüstung, vielleicht wieder einmal von einem zugewanderten Ausländer her, der sich mit den Gepflogenheiten der deutschen Sprache noch nicht genügend vertraut gemacht hat?

Jedenfalls ist der Artikel ein recht sauberes Proöbchen dafür, wie demagogisch unsere Offiziösen in der nächsten Zeit jedes Wort und jede Lebensäußerung der sozialdemokratischen Partei für die Verlängerung des Ausnahmegesetzes zu benutzen gedenken.

Montag, 5. Dezember. Die Vorlage über den Verkehr mit Wein wurde heute nach längerer Diskussion, an der sich Bamberger (freis.), v. Cuny (nat.-lib.), Lingens (Zentr.), Büchel und Menzer beteiligten, an eine Kommission verwiesen.

Vorher beschäftigte sich der Reichstag mit einem Gesetzentwurf der Regierung, welcher „im Falle einer Mobilmachung oder einer außerordentlichen Heeresverpflichtung“ den Familien der in den Dienst eingetretenen Mannschaften eine gewisse, freilich ganz geringfügige Unterstützung sichern will (monatlich 6 Mark für eine Ehefrau als Minimalbetrag!). Von allen Seiten wurde die Nothwendigkeit betont, auch für „Friedensübungen“ Unterstützungen zu gewähren; der Kriegsminister erwiderte hierauf, daß „das Material zu einem solchen Gesetze noch nicht gesichtet sei“. Die Anregung zu letzterem hat bekanntlich der sozialdemokratische Abg. Harm gegeben, der sich mit Gen. Singer auch an der Debatte beteiligte.

Dienstag, 6. Dezember. Die Kornzoll-Kommission, die gestern ihre Sitzungen begann, kam heute nach langer und ziemlich erregter Debatte zur Abstimmung (in erster Lesung) über die Tariffätze für Weizen, Roggen und Hafer, und das Endergebnis war, daß man sich auf keinen Zollsatz zu einigen vermochte.

Diese Wendung war von vornherein nicht unwahrscheinlich, da in der Kommission drei verschiedene Strömungen

sich geltend machten. Die freihändlerische Seite zählte 11 Stimmen, nämlich drei Freisinnige, sechs Nationalliberale und die beiden Zentrumsmitglieder Beckmann und Dr. Braubach. Entschlossene Agrarier umfaßte die Kommission ebenfalls 11: die sechs Konservativen, einen Freikonservativen (Herr v. Kardorff), zwei Ultramontane (die Herren v. Bietten und v. Landsberg) und zwei Nationalliberale (Fischer und Leemann). Die dritte, „vermittelnde“ Partei, welche zwar eine Erhöhung, aber keine Verdoppelung der Getreidezölle wollte, setzte sich aus sechs Herren zusammen: vier vom Centrum, darunter Windthorst und merkwürdiger Weise auch Reichensperger, und die beiden Freikonservativen Lohren und v. Ow. Die Majorität erforderte mindestens 15 Stimmen, diese konnte keine der drei Parteien für irgend einen Vorschlag erzielen. Für die höchsten Sätze traten beim Weizen — und ähnlich erging es den andern Getreidesorten — nur die 11 Agrarier ein, und gegen die vermittelnden Vorschläge stimmten im Bunde mit den Freihändlern die Agrarier, so daß gar nichts herauskam.

Die Vertreter des Großgrundbesitzes rechnen offenbar darauf, daß wenn die Kommission nicht mit bestimmten Vorschlägen vor den Reichstag tritt, im Plenum leichter der Satz der Regierung durchgedrückt werden könne, daß also alsdann leichter eine genügende Zahl von Nationalkonservativen und Zentrumsleuten zu den Agrariern übergehen werde. Jedenfalls sind nunmehr im Plenum noch heftige Auseinandersetzungen zu erwarten, und ebenso wie Herr Windthorst alles thun wird, um für seine „Vermittelungs“-vorschläge Anhänger zu werben, wird andererseits Fürst Bismarck zweifellos darauf drücken, daß seine agrarischen Freunde befriedigt werden.

Nach Annahme der Regierungsvorlage würde übrigens Deutschland — von Portugal abgesehen — die höchsten Getreidezölle von allen Ländern Europas besitzen. Es beträgt nämlich der Zoll pro 100 kg für

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
in Frankreich . . . . .	4,05 Mk.	1,21 Mk.	1,21 Mk.	2,49 Mk.
Italien . . . . .	2,43 „	2,43 „	0,93 „	1,62 „
Spanien . . . . .	3,50 „	2,59 „	2,59 „	2,59 „
Deutschland (künftig) 6,00 „	6,00 „	6,00 „	3,00 „	3,00 „

Das kennzeichnet das herrschende System besser als alle langen Reden!

Mittwoch, den 7. Dezember. Die Kornzoll-Kommission berieth heute die Tariffätze für die noch übrigen Getreidearten, und kam hierbei ebensowenig zu einem Ergebnis wie gestern für Weizen, Roggen und Hafer. Ihre weiteren Beratungen, die Aufhebung des Identitätsnachweises betreffend, werden frühestens am Freitag zum Abschluß gelangen, sodas wir in der nächsten Nummer zusammenfassend darauf zurückkommen.

Der Reichstag hielt heute Schwerinstag: er berieth über Anträge, die aus der Mitte des Hauses und zwar von der Seite der Freisinnigen gekommen waren.

Schon in der vorigen Session stimmte der Reichstag einem Antrag auf Entschädigung unschuldig Verurthelter zu. Diesen Antrag hatte der Abg. Mundel, der schon immer dieser Frage einen besonderen Eifer widmete, wieder aufgenommen. Der Vertreter des Bundesrathes, Geh. Rath v. Lenthe, erwiderte, daß die Stellung der Regierungen die alte sei: sie lehnen jeden Rechtsanspruch auf Entschädigung ab und stellen es den Einzelstaaten anheim, nach eigenem Ermessen Entschädigungen

wie eine Gnade zu gewähren. Der Antrag Mundel wird zugleich mit dem Antrag Kintelen (Zentr.) der mit der Entschädigungsfrage zugleich die Frage der Einschränkung des Wiederaufnahmeverfahrens verbindet, demnächst in zweiter Lesung im Hause berathen werden.

Politisch ungleich bedeutender war der weitere Antrag Mundel's: auf Ueberweisung der politischen und Preßvergehen an die Schwurgerichte. Die Debatte darüber wurde leider „der vorgerückten Stunde wegen“ abgebrochen, aber immerhin warfen die Reden Mundel's und Windthorst's einige grelle Schlaglichter auf die heutige Spruchpraxis gegen Zeitungen und in politischen Prozessen. Die ausichtslose Vertheidigung dieser Praxis hatte der konservative Staatsanwalt Hartmann übernommen; es gelang ihm wohl, mehrfach Ausbrüche des Unwillens zu erregen, überzeugt dürfte er jedoch kaum jemanden haben.

Morgen, Donnerstag, feiert der Reichstag wegen des katholischen Feiertags, Freitag und Sonnabend sind für die Kornzollkommission freigelassen, sodas erst am Montag wieder eine Sitzung stattfindet.

### Zur Wahl des neuen Präsidenten in Frankreich

Schreibt man der „Frankf. Ztg.“: Die französische Republik ist mit dem erzwungenen Rücktritt Grevy's und der Wahl Sadi Carnot's zum Präsidenten in eine neue Phase ihres Daseins getreten. Sie hat zunächst einen neuen Beweis ihrer Lebenskraft gegeben, indem sie die Korruption, die im Elysee sich eingenistet hatte, von sich abschüttelte, indem sie die Schwierigkeiten einer gleichzeitigen Präsidentschafts- und Ministerkrise überwand und ohne Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sich ein neues allgemein anerkanntes und freudig begrüßtes Oberhaupt gab. Die Freunde der Republik haben Ursache, in diesem Ausgange einen neuen erfreulichen Beweis von der Zuverlässigkeit und Elastizität der demokratischen Regierungsform zu sehen. Herr Sadi Carnot ist nicht nur in ethischer Beziehung ein anderer Mann wie der Schwiegersohn Wilsons, sondern er wird auch ein anderer Präsident sein. Er wurde am 11. August 1837 zu Vimoges geboren, ist also jetzt gerade 50 Jahre alt. Trotz dieser verhältnismäßigen Jugend hat Sadi Carnot schon eine beträchtliche Strecke politischer und staatsmännischer Laufbahn hinter sich. Er ist von Beruf Ingenieur. Er trat 1857 in die polytechnische Schule ein und wurde später zum Staatsingenieur in Nancy ernannt. Nach dem Sturz des Kaiserreichs stellte er sich der Nationalvertheidigung zur Verfügung; Gambetta ernannte ihn zum Präfekten des Departements Seine-inférieure und übertrug ihm die Organisation der nationalen Vertheidigung in der Normandie. Am 8. Februar 1871 wurde er vom Departement Côte d'Or in die Nationalversammlung gewählt, in der er sich der republikanischen Linken angeschlossen. Nach Auflösung der National-Versammlung wurde er in die Kammer gewählt, deren Mitglied er bisher gewesen ist; er gehörte dem Bureau der Kammer als Sekretär an und war mehrere Male Mitglied und Berichterstatter der Budget-Kommission. Unter Grevy's Präsidentschaft bekleidete er mehrfach hohe Würden, am 3. Dezember war es z. B. gerade ein Jahr, daß er das Finanzministerium niederlegte. Aber ein Verdienst Sadi Carnot's überlebe seinen Rücktritt vom Finanzministerium: er hielt die Hand fest am Staatsfackel und zeigte sich den Beeinflussungen der Compagnie Grevy-Wilson unzugänglich. Den Anspruch des Grevy'schen Klienten Dreifus auf Erhaltung von 150 000 Francs Sporteln hat er abgewiesen. Als Rouver diese Thatfache vor drei Wochen in der Kammer erwähnte, erhielt Sadi Carnot von der gesammten Kammer eine stürmische Ovation. Das lenkte die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihn, und gegenüber dem schmählichen Handel, der überall mit Staatsgeldern und Staatsinflus getrieben wurde, ersahen er, der sparsame und unbegleimte Finanzminister, wie eine Instinct der beleidigten Moral, wie ein Retter aus der Noth des Skandals. Dieser Umstand, der ihn, und nicht mit Unrecht, zum Gegenbild des Wilson-Grevy'schen Paares machte, hat offenbar viel dazu beigetragen, ihn auf den höchsten Posten der Republik zu bringen.

## Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin

von **Julius Apelt**, Sebastianstraße 27-28.  
Reelle Waare. Prompte Bedienung.

### Märchen- und Bilderbücher

empfehlen in größter Auswahl

**R. Kohlhardt**, Brandenburgstraße 56.

Annahme von Abonnements für sämtliche Zeitschriften. — Jede Buchbinderarbeit wird sauber ausgeführt.

Meinem Freunde

### Berthold Krone

zu seinem 38. Geburtstage ein donnerndes Hoch, daß die ganze Fürstenbergerstraße wackelt und die ganzen elektrischen Lampen schottisch tanzen. C. F.

## Zur Weihnachtszeit

empfehle mein

## Korbwaaren-Geschäft

Alte Jakobstr. 5, an der Simonstraße.  
Speziell: Puppen-Wagen, Möbel etc.

## Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager

von

### C. Klein.

15. Ritterstraße 15.

Dafelbst Zahlstelle der Gärtler u. Bronceur (C. F. 60.)

Als passendes, billiges und schönes

empfehle das Portrait von

## Karl Marx und Ferdinand Lassalle

in Celfarbendruck. Format 43:34 cm.  
Reduzirter Preis pr. Stück Mk. 1,15 gegen baar.  
Briefmarken werden auch in Zahlung genommen.  
C. Manz-Schäppi, Jähringerstr. 24, Zürich.

## Weihnacht 1887.

Als billiges Geschenk empfiehlt der Unterzeichnete folgende um mehr als die Hälfte im Preise herabgesetzte Bücher-Kollektion:

Einzeln werden diese Bücher nur zum halben Preis abgegeben.

- Bebel, Die mohamedanisch-arabische Kulturperiode.
- Beder, Geschichte der Arbeiter-Agitation Herbrand Lassalle's.
- Brunemann, Eßsen und Studien zur französischen Revolutionsgeschichte.
- Duf, Der Trug der Welt des Jaha. 2 Bände.
- Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats.
- König, Schwarze Kadette.
- Mary, Das Reich der Philologie.
- Quard, Die Arbeiterbewegung.
- Siam, Die Erziehung der barmherzigen Menschheit.
- Sedde, Geistes des Herdenes. Gedichte nebst Anhang.
- Sedelme, deutscher Dichtung.
- Uto Walker, Braunschweiger Tage. Roman.
- Frankt, Herten. Zwei Novellen.
- Eine mittelalterliche Internationale. Historische Novelle.

Zämmliche Bücher sind gut gebunden und mit Goldtitel auf dem Rücken versehen.

Der Preis beträgt für die gesammte Kollektion Mk. 15.—. — Einzelne werden die oben angezeigten Bücher nur zum halbenpreis abgegeben.

Die Preisermäßigung gilt nur für den Monat Dezember 1887. Später treten die alten Preise wieder ein.

Bei Bestellungen wolle man gefl. „Bücher-Kollektion“, Preis Mk. 15.—, verlangen. Zu beziehen vom unterzeichneten Verlag gegen Einlieferung des Betrags.

Heiner empfehle als geeignet

### Weihnachts-Geschenke:

- Vielnagl, Ein Bild in die Reue Welt. Elegant gebunden. Mk. 2.—.
- Freundwörterbuch. Gebunden. Mk. 1,50.
- Duf, Gedichte. Proschhorn. Mk. 1,50.
- Internationale Bibliothek.
- Band I: Die Darwin'sche Theorie. Gebunden. Mk. 2.—.
- Band II: Karl Marx' ökonomische Lehren. Gebunden. Mk. 2.—.
- Band III: Beschöpfung und Weltuntergang. Gebunden. Mk. 2,50.
- Band IV: Die ländliche Arbeiterfrage. Gebunden. Mk. 1,50.
- Band V: Thomas More und seine Utopie. Gebunden. Mk. 2,50.

Hochachtungsvoll

J. H. W. Dieb in Stuttgart.

## Die Produktiv- und Rohstoff-Genossenschaft der Schneider zu Berlin (E. G.)

30 Zimmerstrasse 30

empfehlen ihr Lager fertiger Herren-Garderobe, sowie reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe, ebenfalls Futter, Vorte und Knöpfe.  
Herren-Garderoben jeder Art werden nach Maß angefertigt.

Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten empfehle

mein  
**Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal.**  
Robert Nürnberg,  
Anklamerstr. 49.

## Fachverein sämtlicher im Drechslergewerk beschäftigten Arbeiter Berlins. Versammlung

am Dienstag, den 13. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.  
Tagesordnung siehe redaktionellen Theil. — Um zahlreiches Erscheinen werden die Mitglieder ersucht, Gäste haben Zutritt.

Der Vorstand.

## Arbeitsnachweis für Tischler.

Der vom Fachverein der Tischler begründete Arbeitsnachweis befindet sich Alte Jakobstr. 38 im Restaurant Schumann. Die Arbeitsvermittlung geschieht für Meister und Gesellen (auch Nichtmitglieder des Vereins) unentgeltlich. Die Adressenausgabe erfolgt an Wochentagen von 8 1/2 bis 10 Uhr Abends, Sonntags von 9 bis 11 Uhr Vormittags. Da sich die vier Kassirer der Ortskrankenkasse der Tischler und Pianofortarbeiter Berlins verpflichtet haben, sich ihrerseits jeder Adressenausgabe zu enthalten, ersuchen wir, nur den obengenannten Arbeitsnachweis zu benutzen. Der Vorstand.

[Nachdruck verboten.]

## Der Vaterlose.

Von Hans N. Krauß.

Die Bewohner der engen, ruhigen Gasse nannten ihn: der Reihnerin ihren Jungen. Seine Mutter kannte die ganze Stadt. Es war freilich schon ein paar Jahre her, seitdem das Unglück über sie gefahren, gleich einem Wirbelwind — oder, wie der Herr Rath sich ausdrückte: seitdem der Fall sich ereignet — trotzdem wußte noch jedermann ihre Lebensgeschichte.

Katharina Meißner war die Tochter eines Kleinbauern; als ihre Mutter starb, und der Vater sich ein zweites Weib nahm, zog sie nach der Stadt, um sich einen Dienst zu suchen. Sie hätte zwar auch bei ihrer Großmutter mütterlicherseits, welche in einem nahen Dorfe lebte und dort ihren „Auszug“ verzehrte, eine Zuflucht gefunden, aber sie wollte dies nicht. Katharina war ein aufgewecktes, selbstbewußtes Mädchen, das ihr Stückchen Brod lieber selbst durch eigene Arbeit verdienen wollte, als es als Geschenk aus der Hand eines andern zu empfangen. Zudem war sie schön gebaut, hatte ein hübsches, offenes Gesicht, war gegen Fremde, wie alle Landleute es sind, verschlossen und besaß einen etwas hartnäckigen Charakter. Sie war mit der bestimmten Absicht nach der Stadt gegangen, ihr Glück zu machen.

Die ersten zwei Jahre diente sie bei einer Beamtenfamilie als „Mädchen für Alles.“ Sie hatte viel und schwer zu arbeiten, mußte Wasser und Kohlen schleppen und wurde von der Frau den ganzen Tag über auf den Beinen erhalten, wie ein Jagdhund. Dabei lernte sie aber waschen, plätten, nähen und, was das Beste für sie war, sie eignete sich eine Ausdrucksweise und Umgangsformen an, daß Niemand hinter dem zierlichen, netten Ding ein Landmädchen vermuthet hätte.

Ein junger Wirth, der sie zufällig kennen gelernt, wollte sie als Kellnerin dinsten, um mit einem prächtigen Lockvogel seinem darniederliegenden Geschäft wieder etwas auf die Beine zu helfen. Erst suchte er ihr durch den Hinweis auf ihre Schönheit zu schmeicheln, dann schilderte er das sibile Leben einer Kellnerin in den glühendsten Farben, sprach mit Achtung von den angesehenen, höchstachtbaren und reichen Personen, welche bei ihm verkehrten, und nannte zu guter Letzt als Wochenlohn eine Summe, welche beinahe dreimal so groß war als die, welche sie von ihrem bisherigen Dienstgeber bekommen. Katharina hörte ihn ruhig an, strich sich mit der flachen Hand über die Stirne, lächelte dem Antragsteller ganz verbindlich ins Gesicht — und sagte nein.

Dafür nahm sie bei der nächsten Gelegenheit Dienst in dem Hause eines reichen Patriziers; sie wurde Stubenmädchen bei der Gnädigen. Ein Jahr lebte sie dort im tiefsten Seelenfrieden und blühte auf, wie eine Rose. Mit einem Male trat der Umschwung ein. „Der junge Herr“ kam, nachdem er sich jahrelang, wer weiß wo, in der Welt herumgetrieben, in seine Heimath, in sein Vaterhaus zurück. Noch jung, aber abgelebt, mit schlottenden Knien und erloschenen Augen, machte er im ersten Augenblick auf Keinen einen guten Eindruck.

Die Mädchen gleichen aber alle den Mäuden. Im Sonnenschein, unterm lachenden Himmel, wenn die Winde schlafen, ist es eine Freude, eine Seligkeit, seines Lebens kurz bemessenen Raum zu durchgaulein. Da, plötzlich, hebt eine Flamme ihr züngelndes Haupt. Und die armen Mäuden schwirren herbei, im wirbelnden Tanze drehen sie sich um den lodenden Satanas, kommen und schwinden, eilen wieder herbei, wollen entfliehen und können es nicht; und alle stürzen, die einen früher, die andern später hinab in das glühende, qualmende Verderben; wer sich rettet, verdankt es seiner Flügel Schwungkraft, einem Naturgeschenke.

Sechs Monate nach der Heimkehr des jungen Herrn nahm die Gnädige eines Tages ihr Stubenmädchen bei Seite und sprach mit ihr lange und eindringlich. Die Patrizierin war eine „seelengute“, „einsichtige“ Frau — aber das war zu arg; es ging nicht. Was würden die Leute sagen? Am Abend desselben Tages ging Katharina Meißner aus dem Dienste und bezog in einem engen, finsternen, schmutzigen Gäßchen eine Kammer, die leer stand, weil sie selbst dem ärmsten Arbeiter zu lothartig erschien.

Und die Leute? O, die rechtfertigten schon das in sie gesetzte Vertrauen. Die einen, die Wohlhabenderen, schimpften über die Ueberhebung des Stubenmädchens, dieser Bauerndirne, — „was sie sich nur gedacht haben mag“ — die Aermereu beleuchteten den jungen, feinen Herrn Patrizierjohn von allen Seiten, bis er da stand in seiner vollen, moralischen Fadenscheinigkeit und Nichtsnutzigkeit; sie alle, diese unglücklichen, gedrückten Geschöpfe, fühlten das an Katharina begangene Verbrechen an sich begangen, sie fühlten sich als Stand, als Klasse; jedem war es klar, daß hier der große, händisch-unverschämte Reichtum hilflose Armuth in den Noth getreten. Die Arbeiter der Arbeiter wetteiferten mit einander, Katharina in ihrer Bedrängniß beizustehen.

Es that noth. Schon wenige Wochen nach der Geburt des Kleinen waren die wenigen Ersparnisse der Mutter vollständig aufgezehrt; Katharina mußte daran denken,

durch ihrer Hände Arbeit Brod für sich und ihr Kind zu schaffen. Anfangs versuchte sie es mit Nähen und Stricken. Es schaute nicht viel heraus dabei. Die Reicherer hatten ihre bestimmten Näherinnen, bei den weniger Wohlhabenderen gab's nichts zu verdienen; ihre Strümpfe kauften die Meisten beim Kaufmann. Sie griff zuletzt zu dem Gewerbe einer Wäscherin. Und auch jetzt wieder standen ihr die Arbeiterfrauen aus der Nachbarschaft werthtätig zur Seite, halfen ihr, wenn die schwere Arbeit sie niederzudrücken begann, fragten in den Häusern herum und wandten ihr Arbeit und Verdienst zu.

So vergingen einige Jahre. Katharinen's Hände waren vom vielen Waschen verkrümpft, roth und mit häßlichen Falten durchzogen; ihre Schönheit war verfliegen, ihr bleiches eingefallenes Gesicht verschwand unter dem fettunen Kopftuche. Die schwere Last der mit nasser Wäsche gefüllten Körbe hatte ihr den Rücken gekrümmt, Gicht und zuckendes Reißen ihr ins Gebein gefandt. Sie glich mehr einem stillen, wandelnden Schatten als einem fünfundzwanzigjährigen Weibe. Und dennoch klagte sie nie. Das viele Leid, die Schmerzen und Entbehrungen hatten sie abgestumpft. Den andern Weibern erschien sie wie ein überirdisches Wesen, eine Dulderin, eine Märtyrerin, der nur der Heiligenschein noch fehlte.

Die größte Sorge bereitete der Wäscherin ihr Kind. Der Kleine war von der Geburt an krank, das verdorbene Blut des Vaters kam im Sohne zur Wiedererscheinung. Seine Arme und Beine waren dünn, wie geknickt, der Körper abgezehrt, über den geschwellenen Halsdrüsen schossen große, lange Ohren empor und gaben dem dicken Kopfe das Aussehen eines Uhuohrädels. Nur die Augen waren schön, klar und rein wie Glaskugeln. Als er zum ersten Male zur Schule ging, neckten ihn die andern Kinder und spielten mit ihm, wie mit einem jungen Hunde. Die ganze in der jungen Kinderseele lauende Grausamkeit kam zur Erscheinung. Die Aelteren fragten ihn nach seinem Vater, die Jüngerer zwickten ihn in die Beine, zupften ihn an den Ohren, versuchten sein grobes, häßliches Haupt auf die Schiefertafeln zu zeichnen. Der Sohn eines reichen Mannes riß den kleinen Tölpel aus der Bank, zwang ihn zur Erde, packte ihn bei den Haaren, stieß ihm die Haden seiner glänzenden Schnallenschuhe in die Weichen und ritt auf ihm, wie auf einem Pferde. Der Kleine ertrug schweigend diese Verhöhnungen und Mißhandlungen. Der Charakter der Mutter war auf den Sohn übergegangen; er weinte nur, wenn ihn Niemand sehen konnte.

Als die Noth in dem kleinen Haushalte immer größer wurde, ging die Meißnerin — sie wurde jetzt überall nur bei dem einen Namen genannt — um Weihnacht mit anderen Weibern „Neujahrsingen“ zu den wohlhabenderen Handwerkern und Geschäftsleuten, zu den Bürgern, welche neben ihrem Gewerbe auch Ackerbau trieben, aufs Land hinaus, in die Gegend, wo Niemand sie kannte. Ihre zitternde, leise klagende Stimme hob sich wehmüthig von dem geschreiartigen Singen der Andern; es klang wie das Lied eines sterbenden Vogels. Die Weiber aber nahmen sie gerne mit: „Sie konnte hoch hinauf.“

Als der kleine Kaspar sechs Jahre alt war, ging er mit drei anderen Jungen „Dreikönigingen“. Mit gefenktem Kopfe schritt er hinter den „drei Königen“ einher und steckte in den kleinen Sack, den er bald auf der Schulter, bald im Arme trug, die Gaben, welche weicherzige Menschen den Kindern gereicht. Aber die andern Knaben nahmen das Beste an sich und ließen ihm nur die Ueberbleibsel, welche sie nicht mochten.

Im nächsten Winter wurde die Wäscherin krank. Sie hatte sich beim Waschen erkältet, nun lag sie schon seit sechs Wochen auf ihrem Strohsack, zusammengekrümmt, starr wie eine Todte; die Gicht hatte ihr fast den ganzen Körper gelähmt. Zu Neujahr war nicht eine Brodkrume im Hause. Eine Nachbarin hatte dem kleinen Kaspar ein Hemd ihres verstorbenen Sohnes geschenkt. Das zog er jetzt über seine Kleider, die mit hundert fremden Lappen und Flicken bedeckt waren, beschmierte sich Hände und Gesicht mit Ofenruß, setzte aufs Haupt eine gedackte, mit Goldschaum verzierte Papierkrone und ging mit zwei anderen Knaben „Dreikönigingen“. Starr blickte ihm die Mutter nach, und große, bittere Thränen rollten ihr über's schmerzverzerrte Antlitz, als er die Stube verließ.

Der Wind pfiß eifrig durch die Gassen und wirbelte feinen Schneestaub von den Dächern. Die drei Könige schlugen frierend die Hände über einander, drückten sich schen an den Häusern hin, huschten um die Ecken wie schwindende Schatten, blieben dann wieder stehen und spähten, ob ihnen nicht ein Polizeimann folge. Es war ein gestrenges Verbot ergangen, „daß heuer das Dreikönigingen strengstens verboten sei. Zuwiderhandelnde würden sich die Folgen nur selbst zuschreiben haben.“ Das trieb die Knaben hinaus in die Vorstädte, wo die Häuser nicht mehr in geschlossenen Reihen stehen, wo weniger Laternen ihre grellen Lichtkegel auf den Boden werfen, wo nicht so leicht die blühende Helmspitze eines Schutzmannes aus dem Schatten taucht.

Es war bitterkalt, die drei Könige froz jämmerlich. Gleich im ersten Hause, in dem sie ihr Sprüchlein hertragen wollten, wurde ihnen die Thür vor der Nase zugeschlagen, und sie mit Schimpf und Scheltworten von der Schwelle getrieben. Dann kamen sie wieder zu gutmüthigeren

Menschen, sie erhielten Brod, Kuchen, ab und zu auch einige Kupfermünzen. Das richtete ihren gesunkenen Muth wieder etwas auf, ihre Stimmen wurden lauter, ihre Augen begannen zu glänzen. Wenn sie zur Stelle kamen: „Wir fallen nieder auf uns're Knie.“ — ließen sie sich niederfallen, daß die Dielen krachten. Nur der kleine Kaspar, Selbstschwarzer und König der schwarzen Völker im Morgenlande, kam aus dem Zähneklappern gar nicht heraus. Er fürchtete sich vor der Polizei und glaubte jeden Augenblick, sie fäße ihn am Kragen. Dann dachte er wieder an seine Mutter, welche daheim in der elenden Kammer krank darniederlag und sich nicht rühren konnte und nichts zu essen hatte; und er würgte und schludte und preßte die Zähne aufeinander, um die Thränen zu verbeißen.

An einer Straßekreuzung fuhren die Knaben plötzlich auseinander, wie eine Schaar Tauben, unter welche der Habicht stößt. Ohne daß sie zuvor etwas gemerkt hatten, war ein Polizeimann unter ihnen gestanden und hatte sie zu wilder Flucht veranlaßt. Die Schatten der fliehenden Knaben liefen über den Schnee hin wie ausbreitende Rieseln. Das Auge des Geseze war auf dem Gesichte des schwarzen Königs aus dem Morgenlande haften geblieben, und begann es zu verfolgen. Der Knabe stürzte zu Boden, raffte sich auf, fiel wieder hin. Er griff nach der Tasche, in welche er das erhaltene Geld gesteckt; das Geld war fort bis auf einen Kreuzer. Er nahm auch diesen und schleuderte ihn in den Schnee. Dann blieb er stehen, schob trotzig die Unterlippe zwischen die Zähne und erwartete seinen Verfolger. Dieser faßte den armen, schwarzen König am Halse und schleppte ihn mit sich fort.

Der Knabe sprach kein Wort, begann aber an seinen Kleidern zu nesteln. Mit einem Male erhielt der Polizeimann einen Stoß vor die Brust, der Knabe that einen mächtigen Satz, Papierkrone und Hemd flogen in den Schnee, und im eiligen Laufe wandte sich Kaspar nach dem Ende der Stadt, wo Felder und Wiesen, Gärten und Hecken an die Häuser stießen. Seine blonden, weichen Haare flatterten im Winde, und in seiner Brust rasselte es, als schläge man Ketten aneinander. Und er lief durch die Gärten, sprang über Gräben, stolperte über die gefrorenen Beete der Sturzäder. Seine Pulse flogen, in seinen Schläfen hämmerte es, wie in einem Pochwerke, vor den Augen tanzten ihm feurige Ringe.

Weit draußen wagte er stehen zu bleiben und sich umzusehen. Sein Verfolger war verschwunden; aber die erleuchteten Fenster der Vorstadt erschienen ihm wie ebenso viele rollende, rachgierige Augen, die zitternden Flammen der Laternen wie aufleuchtende Helmspitzen. Das trieb ihn weiter. Sein Laufen wurde allmählich zu einem unregelmäßigen Springen; an der Kehl verspürte er einen schmerzlichen Druck, die Kiefer schlugen von Zeit zu Zeit mit einem kurzen, scharfen Geräusch zusammen wie bei einem Hunde, welcher nach Fliegen schnappt. Eine ungeheure Angst ergriff ihn. Er sah sich wieder in der Gewalt des grimmigen Polizeimannes, spürte wieder im Nacken den Druck der großen, kräftigen Finger. Dann sah er sich nach einem großen Hause geschleppt: überall standen Lampen, aus allen Ecken blitzten Helmspitzen, in allen Winkeln rasselten Säbel, klirrten Schlüssel. All das verschwand wieder in einem dichten, grauen Nebel, und daraus hervor tauchte das abgekehrte Gesicht der Mutter; ihre traurig blickenden Augen waren auf ihn gerichtet, ihre fahlen Lippen bewegten sich, und ganz deutlich glaubte er ihre Worte zu vernehmen: „Kind, warum hast du mir das gethan?“

Einige Male war er schon zu Boden gestürzt, Angst, Furcht und Schrecken hatten ihn immer wieder emporgerissen. Schweiß rann ihm über den ganzen Körper. Da fiel sein Blick auf einen mit Stauden bestandenen Rain, der den Gang hinaufstieg. Er blieb stehen und holte rasch hintereinander tief Athem. Dann schleppte er sich hinter die Stauden und sank ganz erschöpft in den Schnee. Er zog die Beine an sich und schlang die Arme um die Kniee. Eine ungeheure Müdigkeit und Schläfrigkeit überfiel ihn; zugleich hatte er das Gefühl, als stüde sein ganzer Körper in lauwarmem Wasser. Er schloß die Augen, um das Vergnügen ganz in sich aufzunehmen.

Plötzlich kam ihm der Gedanke, wie schön es wäre, wenn er einen Vater hätte. Vor Freude klatschte er in die Hände. Ja, dann würde keiner mehr ihn necken und schlagen, er könnte es dann ja auch machen wie die andern Knaben und es seinem Vater sagen, wenn ihm einer ein Leid thäte. Und der Polizeimann? O, der würde auch schon hübsch ruhig sein, wenn er herangeschritten käme am Arme seines Vaters.

Der kleine Dreikönigfänger drückte sich an die Stauden, warf den Kopf zurück und legte die Hände ineinander. Um seine Lippen spielte ein seltsames Lächeln. Vor den Augen des armen, elenden Kindes, das nie seinen Vater gesehen, stand das Bild eines jungen, schönen Mannes, freundlich blickten die Augen, und über die milden Lippen glitten die tröstenden Worte: „Fürchte dich nicht. Ich bin ja bei dir. Ich will dich schützen, will dich hegen, will dich pflegen. An meiner Brust sollst du ruhen. Wenn du schläfst, werde ich bei dir wachen, wenn du wachst, an deiner Seite sein. Schlafe Kind, schlafe. Niemand soll mehr deiner höhnen, keiner dich verpöten. Schlafe nur, schlafe! . . .“

Wie milde Frühlingsluft kam's angefañelt. Ein leises Knistern und Rauschen zog durch die Luft. In großen, wolligen Flöden, wie in stillen Herbsttagen die Blätter der Bäume, fiel der Schnee. Und auf das Antlitz des Schlafenden senkten sich die Flöden, erst wenige, dann mehr, die ersten schmolzen und rannen als große Tropfen ihm in die Kleider. Immer dichter kamen sie herangefegelt, lautlos, wie auf Geißlerfüßen stiegen sie nieder, auf das Antlitz, auf die Hände, auf den ganzen Körper ließen sie sich herab, umspannten ihn mit tausend Armen und woben dem Schlafenden das Todtenhemd. . . .

Einige Tage später fanden zwei Weiber, welche Milch zur Stadt trugen, hinter einer Haselnußstaude die Leiche eines erfrorenen Knaben.

### Die englischen Landlords,

die unter Gladstone's liberaler Regierung bedenkliche Gesichter machten, fühlen sich seit dem brutalen Toryregiment wieder als Herren der Situation und gehen in der rücksichtslosen Ausbeutung ihrer „Herrenrechte“ so weit, daß sie bald einen allgemeinen Sturm des Unwillens gegen sich herausbeschworen haben werden.

So hat in Cheshire — wir folgen hier der „Voss. Ztg.“ — der dort reichbegüterte Marquis of Cholmondeley an seine sämtlichen Pächter durch seinen Landagenten folgendes Rundschreiben erlassen:

„Geehrter Herr! — Lord Cholmondeley ersucht Sie, jedwedes Stück Drahtzaun, das sich auf den von Ihnen gepachteten Ländereien befindet, fortzunehmen zu lassen, und zwar wünscht er, daß das sofort geschieht.“

Zum Verständnis dieses großgrundherrlichen Ukases ist zu bemerken, daß in ganz England von Alters her die sämtlichen Grundstücke, Ackerland und Wiesen, eingezäunt sind. Während aber früher lebendige Hecken zur Einzäunung dienten, sind neuerdings die Landwirthe dazu übergegangen, der Bodenerparnis wegen diese Hecken durch Einfriedigungen von verzinstem Draht zu ersetzen. Abgesehen davon, daß die landwirthschaftliche Schönheit einer Gegend unter der Ersetzung blühender Hecken durch nüchterne Drahtzäune leidet und daß vielen nützlichen Vögeln die Brutgelegenheiten entzogen werden, liegt der wirtschaftliche Vortheil dieser Neuerung auf der Hand. Nur die Mitglieder einer Menschenklasse sind grimmige Feinde des Drahtzaunes: das sind die Fuchsjäger. Ueber oder durch eine lebendige Hecke kommt ein gewandter Reiter mit jedem Gaul, aber der unnachgiebige Draht hat schon manchem Reiter mit seinem Roß einen häßlichen Fall verursacht. Seit Langem halten deshalb die Klubräume der hehrlustigen Rothröcke wieder von grimmen Klagen über das Umsichgreifen des Drahtes. Das hat den waderen Marquis von Cholmondeley (dessen langer Name, nebenbei bemerkt, so ausgesprochen wird, als ob er sich Chumley schriebe) auf den genialen Gedanken gebracht, beim Beginn der Fuchsjagdzeit den lästigen Draht auf seinen Jagdgründen einfach hinwegzudeckeln.

Die Zumuthung Seiner Herrlichkeit an die Pächter ist nun in der That ausnehmend stark. Sie sollen nicht nur ohne Entschädigung eine wirtschaftliche Anlage beseitigen, die ihnen ihr schweres Geld gekostet, sondern müssen auch ihre Getreide- und Kohlfelder dem ungehinderten Eindringen des Viehes preisgeben, das auf den Weiden Cheshire's, der Heimath des bekanntesten englischen Käses, sich besonders zahlreich vorfindet. Der Ingrimm der Pächter über diesen rücksichtslosen Eingriff in ihr Erwerbsleben, nur um den reichen Gutsbesitzern bessere Gelegenheiten zu geben, ungehindert ihrem Lieblingsvergnügen, der Fuchsjagd, zu fröhnen, ist erklärlich. Wenn sie sich zusammenschließen und mit Entschiedenheit allesammt dem güterherrlichen Befehl den Gehorsam verweigern, wird es ihnen voraussichtlich gelingen, den edlen Marquis zur Nachgiebigkeit zu nöthigen.

Sein Verdienst bleibt es aber, auch in Cheshire die Saat der Unzufriedenheit mit dem Latifundienwesen gesät zu haben, die vor Kurzem auf der schottischen Insel Lewis in dem Hirschjagde in so merkwürdiger Weise aufgegangen ist.

Zur Beurtheilung des letzteren Vorganges hat der Edinburgher Professor Stuart Glennie, der eifrige Fürsprecher seiner gälischen Landsleute, einige Akten beigebracht, die zahlenmäßig die Landlosmachung des Bauernstandes durch den grundbesitzenden Adel nachweisen. Die Insel Lewis enthält 406 000 Acres Land, deren einzige Besitzerin die Wittve des verstorbenen Sir James Matheson ist. Nicht weniger als 350 000 Acres davon werden regelmäßig als Jagdland verpachtet und davon sind wieder 200 000 Acres regelrecht mit Wildgattern eingezäunt. Die Jagdgehege von Uig und Park wurden durch Vertreibung von Pächtern geschaffen. Den Boden, den früher die Bauern bearbeiteten, pachteten dann vielfach die amerikanischen Rabobs für ihre Sportzwecke!

Ein Theil der so ihres Lebensunterhaltes beraubten hochländischen Bauern (Crofters) ist zwar ausgewandert, in der Brust der anderen entstand aber um so tiefere Erbitterung, wenn sie sich und die Ihrigen in's Elend getrieben sahen, nur damit einige reiche Leute ihren Jagdvergnügungen ungehindert nachgehen könnten. Als daher im vorigen Jahre ein großes Gehege auf der Insel Lewis, Park Forest genannt, außer Pacht kam und thatsächlich ein volles Jahr lang unverpachtet blieb, wandten sich die landlosen Bauern an die Besitzerin mit der Bitte, das Gebiet gegen einen angemessenen Pachtzins wieder als Bauernland an sie zu verpachten. Die Baulichkeiten erbieten sie sich selbst zu errichten. Ihre Bitte begegnete tauben Ohren, und Park Forest wurde wiederum als

Wildgehege an einen Herrn Joseph Platt verpachtet. Da rotteten sich in ihrer Verzweiflung 2000 landlose Bauern aus dem Kirchspiele Lochs zusammen und zogen, ihre Dubelfadspfeife voran, bei Tagesanbruch, mit Gewehren, Zelten und Proviant ausgerüstet, nach dem Wildgehege von Park und Aline hinaus, um das Wild auszuroten. So lange das Wild dort hause, sagten sie, könnten sie keine Heimstätten bekommen. Mit der Fischerei sei es schlecht gegangen und sie hätten für sich und ihre Kinder nur noch Kartoffeln zum Leben. Sie würden das Wild tödten, um es zu verzehren und sich gleichzeitig die lästigen Mitbewerber um den Grund und Boden vom Hals zu schaffen. Mehrere Tage lang lagerten sie auf den Bergen und schossen 200 Hirsche, von denen sie schmauften. Von Glasgow aus war ein Bataillon der schottischen Garde nach Lewis beordert worden. Jedoch schon vorher, ehe es zu einem Zusammenstoße zwischen den Soldaten und den zur Verzweiflung getriebenen Bauern kommen konnte, gelang es dem Sheriff der Grafschaft, die Bauern zur Heimkehr zu bewegen.

Nach Stuart Glennie's Bericht entstand der Feldzug zur Ausrottung des Wildes ganz unvorbereitet auf folgende Weise: In einer vor etwa drei Wochen abgehaltenen Versammlung der Bauern des Kirchspiels Lochs, in welcher der Schulmeister von Balallan den Vorsitz führte, beantragte der Wortführer der Häusler: da sie vor dem Hungertode wegen des Mißergebnisses der Fischerei ständen, solle der Abgeordnete der Grafschaft, Macdonald, ersucht werden, einen Gesetzentwurf zur Beseitigung der Wildgehege und Ueberweisung der so frei werdenden Ländereien an die beschlossenen Bauern dem Parlament vorzulegen. In der Besprechung wurde eingewandt, da eine Tory-Regierung im Amte und die Mehrheit der Abgeordneten Großgrundbesitzer oder Sportsmänner seien, wäre an die Annahme eines derartigen Antrages nicht zu denken. Dann warf Jemand die Frage auf, wie viele Familien wohl in den Wildgehegen von Park und Aline Platz zur Ansiedelung hätten. Ein alter Crofter, Rory Mhor, meinte, 300 Familien. „Wir wollen eine Deputation zur Besichtigung abschicken,“ schlug ein anderer vor. „Laßt uns lieber Alle gehen!“ rief ein dritter. „Dann wollen wir aber für unsere Mühen uns gleich etwas Wild mitbringen,“ wurde nun eingeworfen, und so ging es weiter, bis schließlich ein Redner unter tosendem Beifall erklärte: „Das Wild hat zu lange schon unser Gras und Korn gegessen, jetzt wollen wir das Wild essen.“ Dann wurde einmütig der Beschluß gefaßt, eine allgemeine Hirschjagd zu veranstalten und dazu aus jedem Dorfe des Kirchspiels Vertreter zu entsenden. Das ist zur Ausführung gekommen und wird seine Wirkung nicht verfehlen. Mangel und das brennende Gefühl erlittenen Unrechts haben den Ausbruch zu Wege gebracht, der so unerwartet und unvorbereitet kam, wie jede Entzündung lang angesammelten Zündstoffs überraschend zu kommen pflegt.

Herr v. Frege äußerte vorige Woche im Reichstage, die Kleinbesitzenden Bauern liefen Gefahr, von den „modernen Raubrittern“ verschluckt zu werden. Von der kostlichen Naivetät abgesehen, daß hier ein Vertreter des Besitzes „wohlerworbenes“ kapitalistisches Eigenthum als Diebstahl bezeichnet, möchten wir Herrn Frege doch darauf aufmerksam machen, daß die ganze moderne Kapitalistenklasse nur fortsetzt, was die „alten Raubritter“ begonnen haben. Mit der — meist sogar gewaltsamen — Expropriation früherer Besitzer oder Mitbesitzer des Landes hat die kapitalistische Wirtschaft begonnen, lediglich hierdurch hat sie sich die ersten billigen Arbeitskräfte, ein bezifflertes Proletariat geschaffen. Und die ganze Entwicklung unserer Wirtschaft ist nichts als ein einziger großer Expropriationsprozeß. Wir haben heute noch viel Kleinbesitz, aber tagtäglich werden große Theile desselben aufgesaugt; der Handwerker büßt sein Eigenthum ein und verliert es an das Großkapital, der kleine Bauer verliert sein Land an den Großgrundbesitzer. Will Herr Frege also von Raubrittern sprechen, so muß er sie schon nicht allein auf dem Gebiete des Handels und der Industrie suchen; und die mitgetheilten Beispiele aus England könnten ihm zeigen, daß die grundbesitzenden, konservativen „Expropriateurs“ den liberalen, geldkapitalbesitzenden „Raubrittern“ in Nichts nachstehen.

### Weitere Bemerkungen zu den Grundzügen für die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

□ Die „Grundzüge“ haben in der Presse eine sehr eingehende Würdigung gefunden, aber eigentlich etwas Gutes hat ihnen Niemand nachgerühmt. Wir nehmen natürlich diejenigen Blätter aus, die dazu da sind, daß sie jede That und jede Aeußerung aus Regierungskreisen mit überschwenglichen Lobliedern ansingen, die Alles, was von dort kommt, erhaben und höchst geistreich, höchst zweckmäßig, höchst nützlich, durchaus nothwendig, gar nicht anders möglich finden müssen, bis sie, wenn der Wind umschlägt, gerade das Gegentheil mit denselben Worten feiern. Diese Presse ist ja bekannt in ihren großen Blättern wie in den kleinen landrätlichen Erzeugnissen in den einzelnen Kreisen. Von ihr reden wir nicht.

Die kartellbrüderliche Presse zeigt einen höchst kennzeichnenden Widerstreit der Gefühle. Sie lächelt den Grundzügen mit dem verbindlichsten und freundschaftlichsten Lächeln entgegen und läßt im Weiteren an ihnen eigentlich kein gutes Haar. Es ist keine einzige Bestimmung in den ganzen „Grundzügen“, die wir nicht in kartell-

brüderlichen Blättern angegriffen und deren Unzweckmäßigkeit wir nicht, oft recht scharf bewiesen gefunden haben. Es ist das echt nationalliberal, und ist aus diesen Kritiken gar nichts über die fernere Haltung dieser Quallen gegen die Alters- und Invalidenversicherung zu entnehmen.

Noch geheimnißvoller benehmen sich die Blätter der priesterherrschaftlichen Kreise. Sie haben auf die Arbeitermassen dieselbe Rücksicht zu nehmen wie auf die herrschenden Klassen, und da begreift man leicht ihre ganz zuwartende Stellung. Es könnte für sie leicht verhängnißvoll werden, wenn sie zu früh ihre Ansichten aufdeckten, die im Grunde sicher nicht arbeiterfreundlich sind, das lehrt der „Arbeitgeber mit der eisernen Faust“ bei der Unfallversicherung, der stets der Vorzitzende in Arbeiterorganisationen sein muß, und der Auf: „Sie wollen Arbeiterorganisationen?! Die werden wir nie bewilligen!“ von Herrn Windthorst und seinen schwarzen Freunden.

Solchen Aeußerungen gegenüber ist jede arbeiterfreundliche Maske leicht zu durchschauen. Von dieser Seite hat der Arbeiter auch nichts zu erwarten, das ist selbstredend.

Die Deutschfreisinnigen machen sich das kindliche Vergnügen, den etwas lahmen Hengst „Selbsthilfe“ als Schulpferd vorzureiten. Sie haben ja damit so „glänzende“ Erfolge erzielt. Von den 14 Millionen Arbeitern sind wohl einige wenige Tausend auf ihren Leim gegangen, und von den Milliarden Mark, die jede ganz ungenügende Alters- und Invalidenversicherung doch schon in Bewegung setzt, verschumpfen die Pfennige, welche die Gewerksvereine zusammengebracht haben, verschwindet der ganze Humberg der Selbsthilfe in Nichts.

Ja, es sind kolossale Kapitalien, die diese Alters- und Invalidenversicherung bewegt und aufspeichert. Um so mehr ist zu verwundern, daß über ihre Anlage, Verwendung und Verwaltung in den Grundzügen kein Wort gesagt ist. Nach den statistischen Materialien, die auch von der kartellbrüderlichen Presse als am besten begründet angenommen werden, beträgt die Zahl der Arbeiter, die unter die Alters- und Invalidenversicherung fallen würden, in runden Zahlen 10 Millionen Männer und 4 Millionen Weiber. Und zwar sehen sich diese Zahlen so zusammen:

	Männer.	Weiber.
Land- und Forstwirtschaft	5 899 456	2 515 873
Industrie . . . . .	3 826 464	909 432
Handel und Verkehr . . .	682 885	344 377
Häusliche Dienstleistungen .	213 746	183 836
	10 622 551	3 953 518

Diese Zahlen sind freilich nur annähernd, aber es sind die genauesten, die zur Verfügung stehen. Die über 10 Millionen überschreitenden Männer haben wir als „Ausfall“ weggelegt. Jeder männliche Arbeiter bringt, vom Reichszuschuß abgesehen, jährlich 12 Mark, jede Arbeiterin 8 Mark für die Alters- und Invalidenversicherung auf, und zwar die Hälfte davon als Lohnabzug, die andere Hälfte als Zuschuß des Unternehmers. Das macht jährlich  $12 \times 10 + 8 \times 4 = 152$  Millionen Mark. Nun besteht eine Wartezeit für die Altersrente von 30 Jahren, für die Invalidenrente von 5 Jahren. Der Vollbezug der letzteren tritt aber auch erst nach 48 Jahren Wartezeit ein. Selbstredend ist also der Verbrauch an Rente in den ersten Jahren sehr gering und steigt erst nach vielleicht 30 Jahren fröhlich zur vollen Höhe. Er wird für das erste Jahr nur auf etwa 2 Millionen Mark geschätzt.

Zahlen lassen sich über das Anwachsen der Rente nicht genauer angeben, es fehlt darüber durchaus jedes Material. Wir nehmen wohl nahezu richtig an, wenn wir eine ziemlich gleichmäßige Steigerung der jährlich zu zahlenden Renten annehmen, etwa in arithmetischer Reihe. Es sammelt sich also bis zu einer gewissen Zeit von Jahr zu Jahr ein größeres Kapital an. Der Zuwachs wird jährlich kleiner und in 30 Jahren ist der Abfluß gleich dem Zuwachs. Das angesammelte reine Kapital beträgt dann  $152 \times 15 = 2280$  Millionen Mark, also mehr als  $2\frac{1}{4}$  Milliarden. Rechnet man dazu den Zinseszins und fügt zu dieser Zahl noch die Reserven, die die Krankenkassen und die Unfallversicherung ansammeln müssen, so erhalten wir eine Kapitalansammlung, die drei Milliarden wohl erreichen möchte.

Wir meinen, das giebt denn doch zu denken! wie man zu sagen pflegt, wenn man vor einem Räthsel steht. Die erste Frage ist: Wer verwaltet die kolossalen Geldsummen?

Die Berufsgenossenschaften! wenigstens in den Hauptsachen.

Wer sind die Berufsgenossenschaften? Mechanisch nach Provinzen oder Ländern mit der Feder zusammengefügte, zusammenhanglose Unternehmerverbände der gleichen Industriezweige, ohne inneres selbständiges Leben, ohne organische Entwicklung, ohne Geschichte, ohne Erfahrung, ohne gemeinsamen Gedanken, ohne jeden tieferen Zusammenhalt. Sie werden verwaltet in der Mehrzahl der Fälle von einem Vorstände, den der Zufall einer ganz unvorbereiteten Wahl aus dem Dunkel an's Tageslicht gebracht hat, dem es in der Regel sehr an fähigen Personen fehlt und in welchem also die Arbeiten vom unteren bezahlten Bureaupersonal erledigt werden.

Diese Vorstände, die ungeheuer kostspielig arbeiten, haben sich mit vieler Mühe die nothwendigste Erfahrung, man kann nur sagen „angequält“, damit jetzt die verunglückten Arbeiter nicht mehr Monate lang ohne Antwort, ohne Bescheid, ohne jede Hilfe zu warten haben, obgleich es auch da noch sehr haperig geht, sie haben durch nichts gezeigt, daß sie fähig sind, größere Arbeiten zu leisten und besonders große Kapitalien zu verwalten. Nun soll

dieses Geld in ihre Kassen geschüttet werden! Was für Garantie für gute Verwaltung und für ausreichende Kontrolle ist gegeben? Gar keine.

Werden die Berufsgenossenschafts-Beamten ihre Aufsichtspflicht besser erfüllen, als die Aufsichtsräte der berüchtigt gewordenen Leipziger Bank? Werden die Kassierer der Genossenschaften und ihre Direktoren nicht die Wege gehen, wie die Direktoren dieser Bank? Wer trägt dann den Schaden, wenn in einigen Jahren das Ausstreifen unter den Genossenschaftsbeamten eintritt? Wie viel Jahre ist es denn her, daß sogar eine Schutzmannspensionskasse verschlungen war? Eine ganze Reihe von Veruntreuungen von Kassenbeamten bringt die Regierung heute auf einmal vor den Reichstag, und um welche lumpige Summen handelt es sich da! Die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter bietet Summen dar, die sogar einem Dr. Jerusalem mitnehmenswerth erscheinen könnten.

Wie soll das Geld angelegt werden?

Es geradezu der Industrie zuzuführen, die es ja auch nur zum Theil aufgebracht hat, ist unmöglich, weil dieselbe bei den Wechselfällen des Marktes nicht die Sicherheit bietet, die für solche Geldanlagen nothwendig ist. Staatspapiere wären auch auszuschließen, denn kein Staat steht heute so sicher, daß seine Papiere eine dauernd genügende Deckung für das Geld gewähren, das den Armeisten des Volkes gehört. Ein unglücklicher Feldzug würde die Ersparnisse vieler Jahre zerstören und die Würfel des Krieges fallen nicht immer nach Wunsch.

Es bleiben da nur die Anlagen in durchaus sicheren Grundpfeilern, so daß bei zufällig eintretender größtmöglicher Entwertung des Bodens in langen Kriegen oder durch sonstige Zufälle, das Geld noch nicht verloren, wenn auch vielleicht etwas schwer einziehbar ist.

Dadurch wird aber der Erfolg eintreten, daß die Kapitalbelastung des Bodens erleichtert, der Grundwerth künstlich gesteigert wird und eine neue sogenannte „Noth“ der Landwirtschaft, d. h. ein leichtsinniges Uebererschulden des Grundbesitzes entsteht, daß neue Brod und Fleischsteuern verlangt und durchgesetzt werden, die Lebenshaltung der Arbeiter sich also wieder verschlechtert.

Das ist ja eben das Verhängnis bei unserer heutigen Wirtschaftsweise, daß jede Maßregel, für die Arbeiter geplant, so gut sie gemeint sein mag, durch die unerbitliche Folgerichtigkeit der Thatfachen sich zu einer Verschlechterung der Lage der Arbeiter umzugestalten die unwiderstehliche Neigung hat.

Andererseits müssen wir des Wortes des Eisenkönigs Herrn Stumm gedenken, welcher vor einiger Zeit unsere wirtschaftliche Nothlage damit in Zusammenhang brachte, daß wir zu viel gespart haben.

Wieder soll nun jeder Arbeiter 6 Mark jährlich dem Verbrauch entziehen, wieder werden diese 6 Mark mit weiteren 6 zu Kapitalien angehäuft, die andere Kapitalien von ihrer Stelle in der landwirtschaftlichen Industrie verdrängen und zur fabrikmäßigen Industrie hintreiben; dem verminderten Verbrauch steht also wieder eine vermehrte Herstellung entgegen. Um den Markt zu beherrschen, damit die deutsche Industrie weiter „der billigste Mann“ bleibt, muß — wieder der Arbeiter herhalten. Neue Maschinen werden entstehen, die Arbeitslosigkeit wird bei vermehrter Herstellung größer werden, die Arbeitslöhne werden gedrückt werden. Der Kapitalist gleicht durch billigere Löhne und vergrößerte Herstellung seinen Verlust aus, der Arbeiter zahlt die Zehne.

Thureres Brod, billigere Löhne, das wird nach einem kurzen Scheinbaren „Aufschwung“ für den Arbeiter die Folge des neuen Milliarden-Segens sein. — Gerade im Augenblick, als wir dies schreiben, geht uns aus Berlin die Nachricht zu, daß der Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Industrieller sich mit dieser Frage der Kapitalanhäufung auch beschäftigt hat und ungefähr zu ähnlichen Zahlen gekommen ist; ebenso hat er das sehr Bedenkliche einer solchen Kapitalanhäufung betont. Im Urtheil über die Verwaltung durch die Berufsgenossenschaften sind dort ebenfalls Bedenken geäußert, und auch der „polizeiliche Charakter“ des Quittungsbuches wurde anerkannt.

Wir hielten es für gut, dieses hier einzuschalten. —

Wenn wir uns die „Grundzüge“ ansehen, so finden wir, daß es für die Arbeiter nicht nur nicht vorteilhaft, sondern höchst bedenklich wäre, wenn die Alters- und Invalidenversorgung nach diesen Grundsätzen geregelt würde. Sie bringen dem Arbeiter sicher:

1. das Quittungsbuch, das den polizeilichen Charakter eines Arbeitsbuches hat, das Kennzeichnungen der misliebigen Arbeiter und also die Beeinträchtigung ihrer gesellschaftlichen und staatsbürgerlichen Rechte zuläßt;

2. eine neue Steuer von 6 Mark jährlich, die an und für sich zwar nicht erheblich sein mag, aber zu den andern, schon jetzt zu zahlenden Abzügen hinzugerechnet, diese doch merklich erhöht, übrigens in Gegenden mit niedrigen Löhnen auch an und für sich als Last empfunden werden wird;

3. die Aussicht auf weiteres Sinken der Löhne durch die Kapitalanhäufung, welche sich nothwendig durch die Ausführung der Versicherung nach den vorliegenden Grundsätzen ergeben muß.

Dem steht als Vortheil gegenüber: eine Rente, deren geringfügigkeit selbst von den der Regierung ganz nahestehenden Prestimmern nur durch den leidigen Trost beschönigt werden kann, daß Wenig besser ist als Nichts, das ein Sperling in der Hand besser ist, als eine Taube auf dem Dache, und was sonst solche billigen und unzutreffenden Phrasen mehr sind. Wenig ist hier ebenso gut als Nichts, und einem Hungrigen ist der Sperling in der

Hand nicht mehr als das Wegwerfen werth, die Taube würde noch wenig genug sein, und der Sperling in der Hand könnte ihn ungeschickt machen, die Taube zu erhalten.

Daß die gebotenen Renten irgendwie genügend sind, ist von keiner Seite behauptet worden. Diese ungenügende Rente ist dabei als Altersrente an eine so lange Wartezeit geknüpft und an das zurückgelegte 70. Lebensjahr, das nur Wenige, und diese nur durchschnittlich 7 1/2 Jahre lang in den Genuß derselben kommen. Besonders da das „Jahr“ der Wartezeit nicht nach Kalenderjahren, sondern nach Arbeitsjahren zu 300 Arbeitstagen gezählt, verlängert sich die Wartezeit für viele Arbeiter bis auf 40 und mehr Kalenderjahre, weil sie in gewissen Jahreszeiten nie Arbeit haben. Dies beeinträchtigt den Werth der Altersrente noch ganz erheblich.

Die Invalidenrente hat zwar eine kürzere Wartezeit, ist dann aber ebenso ungenügend wie die Altersrente und erspart dem Invaliden der Arbeit nicht die Schande der Armenpflege, die er doch aufsuchen muß.

Von anderen die Arbeiter noch mehr beeinträchtigenden Bedingungen, wie z. B. daß die Rente in Naturalienbezug umgefetzt werden kann, wollen wir ganz absehen.

Ebenso wollen wir der ungenügenden Arbeitervertretung nur nebenbei erwähnen, sie ist nur eine Scheinvertretung ohne Werth für die Arbeiter, kann aber freilich sich zu einem Bespitznissystem ausbilden.

Wir halten eine Alters- und Invalidenversicherung für nothwendig, glauben auch, daß sie nur durch staatlichen Zwang durchgeführt werden kann, weil die „Selbsthilfe“ dabei vollkommen Bankbruch erlitten hat. Was den Arbeitern hier aber geboten wird, kann sie nur wünschen lassen, die Alters- und Invalidenversorgung nach diesen Grundsätzen komme nicht zu Stande.

Wir glauben aber dennoch, daß sie mit geringfügigen Änderungen zum großen Schaden der Arbeiter Gesetz werden wird. Wir gründen diesen Glauben nicht sowohl auf die Widerstandslosigkeit des gegenwärtigen Reichstages, als auf den Umstand, daß das Kapital wohl einsieht:

billiger ist nicht abzukommen!

Und wenn es gelingt, den Arbeitern diesen „Sperling“ in die Hand zu drücken, so meint es, dann hat es wohl noch einige Zeit, bis auch die „Taube vom Dache“ daran kommt. Das ist das Zeichen, in welchem gestritten wird vom Freisinn bis zur hintersten Reaktion.

### Fortsetzung verbotener Blätter.

Schon früher einmal war durch gerichtliches Erkenntnis der Begriff der „Fortsetzung eines verbotenen Blattes“ ziemlich enge festgesetzt und besonders bestimmt worden, daß ein Blatt, das von demselben Herausgeber, Redakteur und Drucker hergestellt wird und sich an denselben Leserkreis wendet, wie das verbotene, noch nicht als Fortsetzung desselben zu betrachten sei, sondern daß es auf die im Programm des Blattes ausgesprochene Richtung des Blattes auch mit ankomme. Wenn also z. B. ein Blatt auf Grund des Sozialistengesetzes verboten ist und das neue Blatt erklärt, es werde „sozialistischen Bestrebungen, die auf den Umsturz von Staat und Gesellschaft gerichtet sind“, nicht huldigen, so muß ihm erst bewiesen werden, daß es solche Bestrebungen doch fördert. Es muß also jedes neue Blatt, das äußerlich durch Titel und innerlich durch die Erklärung, daß es von dem verbotenen Blatt verschiedene Richtung befolgen will, als ein besonderes Blatt betrachtet werden, selbst wenn es von denselben Abonnenten gelesen wird, als das verbotene Blatt.

Die Reichskommission hat in neuester Zeit dieses noch günstiger für die Presse ausgesprochen.

Unterm 25. Oktober 1887 ist in dem Entscheid auf die Beschwerde des früheren Reichstagsabgeordneten W. Bod in Gotha wegen Verbotes des „Schuhmacher-Fachblattes“ folgender Grundsatz ausgesprochen:

„Es unterliegt keinem Bedenken, daß ein einmal gegen eine periodische Druckchrift erlassenes Verbot auch die periodischen Druckschriften trifft, welche im Sinne des Gesetzes vom 21. Oktober 1878, wie solche insbesondere der § 19 desselben im Auge hat, als Fortsetzung der bereits verbotenen betrachtet werden müssen. Als eine Fortsetzung kann aber nur diejenige angesehen werden, welche in direkter Zuwiderhandlung gegen das bestehende Verbot unter demselben Titel, in der bisherigen Form, z. B. in einer geheimen Druckerei hergestellt wird.“

Die „sachliche“ Fortsetzung des Blattes bedarf eines besonderen, selbständig begründeten Verbots, es genügt dazu nicht die allgemeine Hinweisung auf die gleiche Tendenz der Blätter, so wird weiter ausgeführt.

Es liegen hiermit also im Grunde gleichlautende Bescheide vor, der gerichtliche sagt, was nicht als Fortsetzung zu betrachten ist, der Entscheid der Kommission sagt, was nur als Fortsetzung zu betrachten ist und damit ist der Arbeiterpresse eine gewisse Erleichterung gewährt.

### Kleine Mittheilungen.

**Fürst Bismarck und die Gerichte.** Das Schlusskapitel der Geschichte ihres Versuches, den Fürsten Bismarck wegen Verleumdung zu verklagen, theilt die demokratische Berliner „Volkszeitung“ wie folgt mit:

Der Reichskanzler Fürst Bismarck ist der Militärgerichtsbarkeit unterworfen. Diesen Rechtsgrund hat früher das Kammergericht als letzte Instanz festgestellt, nachdem Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt den Strafantrag unseres verantwortlichen Redak-

teurs gegen den Herrn Reichskanzler wegen der Reichstagsrede vom 13. Januar d. J. gleichfalls wegen Unzulässigkeit zurückgewiesen hatten. In Folge jenes Kammergerichtsbeschlusses unterbreiten wir unseren Strafantrag gegen den Fürsten Bismarck dem Militärgericht. Um alle Kompetenzbedenken abzuscheiden, reichen wir denselben bei dem Generalauditorat ein, dem höchsten Militärgerichtshof, der gemäß § 87 der Militär-Strafgerichtsordnung auch zur Entscheidung der Kompetenzfragen berufen ist. Wir haben darauf den nachstehenden Bescheid des kommandirenden Generals des dritten Armeekorps erhalten:

III. Armeekorps Berlin, den 17. November 1887.  
General-Kommando.

Euer Wohlgebohren gerichtet auf Ihren an das königliche General-Auditorat gerichteten und hierher ressortmäßig abgegebenen Strafantrag vom 22./23. Oktober d. J. gegen den Reichskanzler Fürst von Bismarck zum Bescheide, daß zu einem strafrechtlichen Einschreiten wider denselben wegen Verleumdung keine Veranlassung vorliegt. Denn die angeblich beleidigenden Äußerungen sind von dem Reichskanzler Fürst von Bismarck in einer Sitzung des Reichstags zur Vertheidigung der Regierungspolitik gegen Angriffe der Tagespresse, also zweifellos in Wahrnehmung berechtigter Interessen — § 193 Allg. Strafgesetzbuch — gemacht worden. Nach dem eben zitierten Gesetz würden diese Äußerungen nur insofern strafbar sein können, als das Vorhandensein einer Verleumdung aus der Form der Äußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht. Dies vorliegend anzunehmen, ist aber vollkommen ausgeschlossen. Denn der Reichskanzler Fürst von Bismarck hat sich in seiner Rede ausdrücklich dagegen verwahrt, daß er etwa den Schreibern der betreffenden Artikel, insbesondere des hier in Rede stehenden, vom Antragsteller verfaßten Artikels den Vorwurf machen wolle, finanziell beeinflusst zu sein. Die Schlussworte der von dem Antragsteller wortgetreu wiedergegebenen Rede sind hiernach gar nicht auf Letzteren zu beziehen und es ist mithin weder aus der Form der Äußerung noch aus den Umständen, unter denen sie geschahen, die Absicht zu beileidigen, zu entnehmen.

Der kommandirende General.  
Graf Wartensleben.

Dem Epilog, den die „Volkszeitung“ diesem Bescheid beifügt, entnehmen wir noch nachstehende Sätze: „Aus diesem Bescheid können wir viel lernen. Bemerkenwerth ist zunächst, daß in demselben keinerlei Kompetenzbedenken angeregt werden. Nachdem das Generalauditorat „ressortmäßig“ verfügt hat, kann es keinem Zweifel mehr unterliegen: der Vorgesetzte des Fürsten Bismarck, vor dem Fürst Bismarck nunmehr in allen Strafsachen Recht nehmen muß, ist gefunden: es ist der General der Kavallerie Graf Wartensleben, kommandirender General des dritten Armeekorps... Als Ergebnisse unseres Strafantrages haben sich nach den Bescheiden des Kammergerichts und des Militärgerichts folgende Sätze ergeben: Der Herr Reichskanzler ist höchster Zivilbeamter des Reichs, hat aber vor einem Korpsgeneral in Strafsachen Recht zu nehmen. Er ist zwar im Zivildienste dauernd angestellt, ist aber dennoch aktiver General. Obwohl er aktiver General ist, übt er doch das Wahlrecht aus. Er ist aktiver General, obwohl er im Militärdienste keine Funktion hat, auch keinen Gehalt bezieht. Er ist zwar Chef des Magdeburgischen Landwehrregiments Nr. 26 und steht à la suite des Magdeburgischen Kürassierregiments Nr. 7; trotzdem ist er dem dritten Brandenburgischen Armeekorps unterstellt, obwohl er nicht Landwehr-, sondern aktiver Offizier ist. Soviel Sätze, soviel Widersprüche! Wir können es unsern Rechtsgelehrten überlassen, mit demselben fertig zu werden; es ist ihnen schon Schwierigeres gelungen.“

### Wie das Einkommen der bestehenden Klassen entsteht.

Als neulich ein sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstage darauf hinwies, das Einkommen der Besitzenden werde ja doch nur durch die Arbeit der Beschloßenen geschaffen und alle sogenannten „Unternehmerbeiträge“ seien daher schließlich ebenfalls den Arbeitern abgenommen — da protestirte die Rechte im vollen Bruffiton der wohlbegründeten Ueberzeugung dagegen. Wir wollen die Frage der Entstehung des „Mehrwerths“ hier nicht weiter erörtern, da sie für die Mehrzahl unserer Leser längst entschieden ist. Aber ein Beispiel dafür wollen wir mittheilen, daß jedenfalls die Vergrößerung des Einkommens der Kapitalisten — unter sonst gleichen Umständen — lediglich aus einer Steigerung der Arbeitslast der Proletarier herkommt. Wir lesen nämlich soeben in verschiedenen Blättern: Bremen. Die Direktion der hiesigen Pferdeisenbahn-Gesellschaft hatte herausgerechnet, daß sie circa 7000 bis 8000 Mark „ersparen“ könnte, wenn sie ihren Angestellten statt alle fünf nur alle neun Tage einen freien Tag gewährte und hatte deshalb beschlossen, die letztere Änderung einzuführen. Die schon so wie so schwer geplagten Konstruktoren und Arbeiter wollten jedoch darauf nicht eingehen und ließen es auf einen Streik ankommen, der jedoch bald zu ihren Ungunsten beendet werden mußte, und zwar wegen mangelnden Zusammenhaltens der betreffenden Angestellten. Die Direktion hat also ihren Willen durchgesetzt und kann nun auf Kosten der Gesundheit ihrer Bediensteten eine größere Dividende an die Aktionäre der Gesellschaft verteilen. Die „Räbelsführer“ bei dem Streik wurden selbstverständlich entlassen. — Man wird uns in diesem Falle wohl zugestehen, daß das Kapital hier gar nichts thut, es rührt keinen Finger, es wendet für Betriebsmittel und Nebenliches keinen Pfennig mehr auf wie früher. Aus Nichts wird nun bekanntlich Nichts, die 7000 bis 8000 Mark Mehrertrag können also auf diese Weise nicht entstanden sein. Sie sind vielmehr — wie das die Direktion ja selber zugestehet — einzig und allein die Frucht der Arbeit der Pferdeisenbahnarbeiter, die Frucht der Arbeit während der früher freien Tage. Was von diesen 8000 Mark Rente gilt, sollte das nicht für die gesammte Rente des Besitzes ebenfalls zutreffen? — Und auch hier, welche tiefe, unergründliche Harmonie der Interessen von Kapital und Arbeit: die Arbeiter müssen ihre freien Tage entbehren, und für ihre „Ersparung“ bekommen die Unternehmer 8000 Mark — Entbehrungslohn!

Das Verbot des „Schuhmacher-Fachblattes“, das in Gotha erschien, ist durch die Reichs-Beschwerde-Kommission befehllich wieder aufgehoben worden. Das Blatt erscheint nunmehr in der alten Weise weiter und die Redaktion wendet sich mit einem Aufruf an die Kollegen, dem wir besten Erfolg wünschen. Der Aufruf besagt Folgendes: „Durch das Verbot des „Schuhmacher“ und des „Schuhmacher-Fachblattes“ ist das Abonnement natürlich zurückgegangen, denn das ist der Erfolg jedes Verbotes. Da nun unser Organ wieder freigegeben, so ist es doppelte Pflicht der Kollegen, diesen Nachtheil durch verdoppelten Eifer weizumachen, zumal das wöchentliche Erscheinen mit neuen, nicht unbedeutenden Kosten verknüpft ist. Das „Schuhmacher-Fachblatt“ wird seine bis zu dem Verbot vertretenen Tendenz streng innehalten und weder darüber hinaus, noch davon zurückgehen. Um nun den alten Abonnementstand und noch mehr zu erreichen, empfehlen wir die Verbreitung älterer Nummern unserer Fachblätter und zwar systematisch von Werkstatt zu Werkstatt. Noch giebt es tausende Kollegen, die von dem Bestand eines Fachorgans gar keine Kenntnis haben und lenken wir dadurch deren Aufmerksamkeit auf unsere Presse. Sind die Nummern auch theilweise ein Jahr alt, so enthält doch jedes Einzelreklamirte irgend eine nützliche Anregung. Darum, Kollegen, verbreitet in Massen unsere Fachpresse und ladet die Kollegen zum Abonnement ein. Wir stellen ältere und neuere Exemplare zur Verfügung. Ein einziger und kräftiger Wille der Kollegen — und der Schaden ist bald reparirt.“ Die Redaktion des „Schuhmacher-Fachblattes“.

**Wildernde Umstände!** Barel, 3. Dezember. Mehrere Fingerringe und ein elmscher hiesiger Gegend hatten sich an

Mittwoch vor dem Landgericht in Oldenburg zu verantworten, weil sie, den Bestimmungen des Arbeiterschutzgesetzes zuwider, unter 16 Jahr alte Arbeiter über 10 Stunden täglich beschäftigt hatten. Seitens der Staatsanwaltschaft wurde für jeden einzelnen Fall eine Strafe von 30 M. beantragt. Die Beklagten versicherten, daß die geschundenen Arbeiter auf ihren eigenen Wunsch länger wie 10 Stunden gearbeitet hätten; es wurden demnach „mildernde Umstände“ angenommen und die „Arbeitgeber“ in eine Strafe von 10 M. genommen. — Man kann über derartige Entscheidungen nur staunen, denn es ist offenbar für jeden Unternehmer eine Kleinigkeit, junge Arbeiter zu dem „Wunsch“ zu veranlassen, Überstunden zu arbeiten. Gerade weil jugendliche Personen sich selber nicht vor Überarbeit bewahren können und öfter auch, wegen ungenügender Erfahrung, nicht bewahren wollen, deshalb hat das Gesetz Schranken gezogen. Es hat das dürftig genug gethan, und nun wollen die Gerichte durch Annahme „mildernder Umstände“, die von jedem Unternehmer behauptet werden können, den dürftigen Arbeiterschutz noch kläglicher gestalten?

**Herr Dopp und Herr Singer.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung nahm Herr Singer vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zu folgender persönlicher Bemerkung: „M. H.! In der letzten Sitzung hat der St. V. Dopp während meiner Abwesenheit eine persönliche Bemerkung dazu bemerkt, um gegen mich die Anschuldigung zu erheben, daß ich die verderbliche Hausindustrie ausbeutend benutze habe, um mich reich zu machen. Ich verzichte darauf, an dieser Stelle Herrn Dopp zu widerlegen, und will hier nur bemerken, daß Herr Dopp Gelegenheit haben wird, die Richtigkeit seiner Behauptung vor dem Strafrichter zu erweisen.“ — Vor dem Strafrichter hat auch Herr Singer die „Staatsbürgerzeitung“ zitiert, die ihn neulich gleichfalls beschimpfte.

**Gausfahrungen und Zistierungen.** Am 5. d. M. wurde bei dem Wirthe Herrn S. Mähler, Kopenstr. 35, gehausucht. Der Betroffene berichtet darüber: Am 5. d. M. wurde ich, Mittags von Arbeit kommend, vor meiner Wohnung von zwei Kriminalbeamten empfangen und nach dem Molkenmarkt geführt. Hier wurde ich wegen einer Riste Patentziste, welche aus Nürnberg gekommen sei, befragt. Nachdem ich zu Protokoll vernommen war, wurde ich entlassen. Während meines Aufenthalts auf dem Molkenmarkt wurde in meiner Wohnung nach sozialistischen Schriften gehausucht. Gefunden wurde ein Exemplar „Marx'sche des Christenthums“ und ein Flugblatt.

### Zum Ekersdorfschen Streik.

Zur Bezeichnung der in Folge von Lohnreduktionen in der Stockfabrik von Ekersdorf eingetretenen Arbeitseinstellung wurde am 6. d. M. im Deigmüller'schen Saale eine öffentliche Versammlung der Berliner Stockarbeiter und Drechsler abgehalten. Die Versammlung war außerordentlich zahlreich besucht und wohnten derselben auch mehrere hiesige Fabrikanten persönlich, sowie Vertreter hiesiger Fabriken und auch ein Vertreter des Herrn Ekersdorf bei. Herr Hildebrandt, Vorsitzender der Streikkommission und vormaliger Arbeiter der Ekersdorfschen Fabrik, referierte in ausführlicher Weise über den Verlauf des Streiks. Den gemachten Mittheilungen zufolge haben bereits in den Monaten Mai und August d. J. Lohnreduktionen in der gedachten Fabrik stattgefunden. Der größte Lohnabzug (6—25 pCt. oder 2—5 M. pro Woche nach den verschiedenen Spezialarbeiten) sollte kurz vor Weihnachten, am 1. Dezember d. J. in Kraft treten. Da, wie ein Vergleich mit den von anderen Fabrikanten für die gleichen Artikel gezahlten Löhnen ergab, die Löhne der Ekersdorfschen Fabrik an sich schon ganz bedeutend niedriger waren, so würde ein derartiger Lohnabzug die Arbeiter völlig existenzunfähig gemacht haben. Es gelang den Arbeitern, mit Herrn Ekersdorf in Unterhandlung zu treten, doch wurde keine Einigung erzielt, indem die von den Arbeitern gestellten Bedingungen: 1. Schriftliche Versicherung, daß die bisher gezahlten Löhne weitergezahlt werden; 2. desgl., alle Streikenden wieder in Arbeit zu nehmen; 3. desgl., wegen des Streiks nachträglich Niemand zu mößregeln; 4. desgl., der Meister Waltenbrom, über den die Arbeiter sehr zu klagen haben, zu entlassen, keine Annahme fanden. Besonders hart wurden von der Lohnherabsetzung die Polirer betroffen. Außerdem wurde diesen nur bis Weihnachten Arbeit in Aussicht gestellt, da Herr Ekersdorf nach dieser Zeit an deren Stelle billigere jugendliche Arbeiter treten lassen zu wollen erklärte. Hiergegen, sowie gegen die Lohnabzüge energisch Front zu machen, sah sich nunmehr die Arbeiter veranlaßt und so erfolgte am Sonnabend, den 3. Dezember, einmüthig die Arbeitsniederlegung. Es streikten 25 Arbeiter (Polirer, Pieger, Feller, Schleifer u.), einer von diesen hat andere Arbeit. Die Arbeiter sind entschlossen, von ihren gestellten Bedingungen nicht abzulassen und anderwärts Arbeit zu nehmen, wenn sich Gelegenheit dazu bietet. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Hälfte anderwärts Arbeit findet. In der langen Diskussion wurde den Streikenden allseitige Unterstützung sowohl der Berufsgenossen als der Berliner Arbeiter zugesagt. Auch die Herren Fabrikanten wurden aufgefordert, im eigenen Interesse die Streikenden moralisch und finanziell nach Kräften zu unterstützen. Auf ein gefälltes Ansuchen, ein Gutachten abzugeben über den Streik, erklärten zwei Fabrikanten, daß die Arbeiter der Ekersdorfschen Fabrik durchaus korrekt behandelt hätten, sowie, daß durchaus kein Grund zu einer Lohnreduktion als Folge schlechter Konjunktur vorhanden sei. Der Vertreter des Herrn Ekersdorf suchte diesen nach Möglichkeit zu rechtfertigen. Die bisherige Streikkommission legte ihr Amt nieder. Die Streikenden werden, nachdem im allgemeinen Interesse Herr Hildebrandt aus der Kommission gänzlich ausgeschieden ist, sich eine neue Kommission bilden. Herr Sandermann, Herr Hartmann u. A. plädierten für Anschluß an die bestehenden Fachvereinigungen, doch wurde ein derartiges Abschweifen von der Tagesordnung schließlich polizeilichers für unsittlich erklärt. In einer angenommenen Resolution erklärten sich die Anwesenden solidarisch mit den Arbeitern der Ekersdorfschen Stockfabrik, sowie, um ein derartiges Vorgehen eines Fabrikanten für die Zukunft unmöglich zu machen, Mann für Mann sich der bestehenden Fachorganisation (Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Hamburg) anzuschließen.

Die Streikenden erlassen nunmehr folgenden Aufruf: „Kollegen aller Branchen! In Folge der Dienstags-Versammlung sah Herr Ekersdorf sich veranlaßt, mit den Arbeitern in Unterhandlung zu treten, durch welche vereinbart wurde, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird zu den in der Versammlung festgesetzten Bedingungen. Sämmtliche Arbeiter, mit Ausschluß des jüngsten Polirers, nehmen die Arbeit wieder auf. Letzterer kann deswegen nicht wieder mit anfangen, weil schon vor Beginn des Streiks nur für 3 Polirer genügend Arbeit war. Mehrere andere der Kollegen, Langner, Suchland und Hildebrandt, welche bereits anderweitig in Arbeit stehen, verzichten darauf, in der Ekersdorfschen Fabrik wieder anzufangen. Der Meister, der jedenfalls monatliche Kündigung hat, verläßt am 1. Februar das Geschäft, gleichfalls ist demselben das Recht der Arbeiter-Entlassung abgenommen. — Ferner hat Herr Ekersdorf sich verpflichtet, die vor dem 1. Dezember gezahlten Preise fernerhin zahlen zu wollen. Während die Pieger und ein Theil der Feller und Polirer, ca. 12 Mann, bereits am Donnerstag früh die Arbeit aufgenommen haben, beginnen die Uebrigen erst am Montag früh wieder ihre Thätigkeit. Kollegen, wir haben Euch gezeigt, daß wir verstanden, für unsere und Eure Interessen in jeder Weise einzutreten. Wir sind erfreut, daß diese so erste Angelegenheit in solch kurzer Zeit in so befriedigender Weise ihren Abschluß gefunden hat. Unser Eintreten für die allgemeinen Interessen der Branche ist für uns mit bedeutenden Opfern verknüpft. Als Arbeiter lebt, wie dies ja von der großen Masse unserer Genossen gilt, auch von uns die Mehrzahl nur von der Hand in den

Mund. Wie schwierig ist es, in Zeiten der Arbeit durchzukommen, wieviel schwieriger ist es gar in Zeiten solch unfreiwilligen Feierns. Ihr gabt uns bei Deigmüller in der Versammlung durch Euren Beschluß die Versicherung, für uns eintreten zu wollen. Wohl, die Hälfte von uns feiert 1 1/2 Wochen, und nun fordern wir Euch auf, helft uns den hierdurch entstandenen Schaden wenigstens zum Theil zu tragen, bringt durch Sammlung am Sonnabend in den Werkstätten eine Summe zusammen, die es uns ermöglicht, eine kleine Unterstützung zahlen zu können, damit wenigstens die während des Streiks gemachten Schulden beglichen werden können. Wir haben uns nicht geheut, für Euch einzutreten, also verlaßt auch Ihr uns nicht. Mit kollegialischem Gruß! Die Kommission der Arbeiter der Ekersdorfschen Schirmstofffabrik. Die Zahlstellen befinden sich bei Winger, Raungr. 78 (Restaurant) und bei Appel, Brauburgstr. 42 (Restaurant). Auskunft wird ertheilt im zuletzt angeführten Lokal, Mittags von 12—1 und Abends von 7—9 Uhr.“

## Vereine und Versammlungen.

**Der Bund der Maurer- und Zimmermeister zu Berlin** scheint sich wieder einmal als Herr der Situation zu fühlen, nachdem den Arbeitern jede freie Lebensregung unterjocht ist. Man will jetzt endlich die Erneuerung eines Innungs-Gesellenschaufusses zu Stande bringen, nachdem das Manöver früher so kläglich gescheitert ist. Morgen, Sonntag, Vormittag 9 Uhr, soll die Komödie bei Bugenhagen beginnen. Denn eine Komödie ist es doch, wenn man schreibt, alle Gesellen über 21 Jahre hätten Zutritt, während thatsächlich die Eintrittskarten nur an Ausgewählte vertheilt werden. Hoffentlich lehnen auch die mit Karten versehenen Arbeiter einstimmig eine solche Zustimmung ab. Wollen die Meister eine wirkliche Gesellensvertretung, keine Scheinvertretung, so mögen sie eine öffentliche Versammlung einberufen, in der alle Theile gleichmäßig zum Wort und zur Geltung kommen. Das wäre dann eine ernste Wahl, alles andere ist ein Possenspiel, das die Arbeiter mit Entrüstung von sich weisen. Möge das morgen die Versammlung ungewöhnlich zeigen. Mögen morgen die Arbeiter eine Probe ihres Solidaritätsgefühls ablegen, welche die Meister nicht vergessen werden.

**Die Berliner Maurer** haben sich einen Verein gegründet, der den Namen „Verein zur Unterstützung erkrankter Mitglieder der Maurer Berlins“ führt. Das Statut des Vereins hat die staatliche Genehmigung erhalten, und so hielt derselbe am Dienstag, den 29. v. M. in dem Konzerthause Sanssouci, Kottbuserstr. 4a, seine erste Mitgliederversammlung ab. Zweck dieser Versammlung war die Wahl des Vorstandes und die Klarlegung der Zwecke und Ziele des Vereins. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Krieg (Vorsitzender), Dennichen (Stellvertreter), Müller (Kassirer), Wilhelm (Stellvertreter); zum Schriftführer wurde gewählt Herr Bernau und als dessen Stellvertreter Herr Fiedler. Ferner wurden zu Revisoren ernannt die Herren Gräbste und Grube. Des Weiteren wurden von Herrn Heine die Zwecke und Ziele des Vereins erläutert. Danach hat der Verein den Zweck, seine Mitglieder oder deren Familie bei Krankheits- oder Unglücksfällen kräftig zu unterstützen, sowie durch Vorträge über Entstehung und Verhütung von Krankheiten das Wohl der Mitglieder zu fördern. Die moralische Pflicht erheischt es, daß ein jeder Maurer sich dieser Vereinigung anschließe. Nach Schluß der Versammlung wurde festgestellt, daß mehr denn 300 Maurer sich als Mitglieder hatten eintragen lassen. — Wir wollen dem weiter nichts mehr hinzufügen, als daß ein jeder Maurer die Richtigkeit des Vereins erkennen und dafür sorgen möge, daß derselbe groß werde, denn nur dann ist ein Verein wie dieser im Stande, seiner Aufgabe voll und ganz gewachsen zu sein. Wie uns ferner mitgeteilt wird, soll am Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche eine Versammlung im Norden Berlins stattfinden, wozu sämmtliche Maurer, welche gewillt sind, dem Verein beizutreten, freundlichst eingeladen sind. (Man achte am Sonntag auf den Säulenanschlag.)

**Im Fachverein der Tischler** hielt am Montag, den 5. Dezember, Herr Heymann einen Vortrag über „Kaufmann und Buchdruckerkunst“. Einleitend schilderte Redner in fesselnder Weise die Entwicklung der Ideen und Sprachen verschiedener Völker und früherer Zeiten und besprach dann in eingehender Weise die mittelalterliche Kaufmann, welche er als die Denkmäler des menschlichen Denkens früherer Nationen darstellte, und ging sodann zu der Gründung der Buchdruckerkunst über, welche zwar von der Bourgeoisie in reaktionärer Weise ausgenutzt wurde, doch dazu beitragen würde, die Unterdrückten in dem Kampfe um die gleichen Menschenrechte zu unterstützen. Die Versammlung spendete dem Redner, welcher zum Schluß noch einige Fragen beantwortet hatte, lebhaften Beifall. Sodann wurde 2 Mitgliedern, welche ihre Arbeitgeber verlagten wollten, der Rechtshilfe bewilligt. Hierauf erledigte die Versammlung noch einige interne Vereinsangelegenheiten.

**Eine öffentliche von ungefähr 400 Personen besuchte Schuhmacher-Versammlung** tagte Montag, den 5. d. M., im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37. Zu Punkt 1 der Tagesordnung sprach als Referent R. Vaginasi über die traurigen Verhältnisse im Schuhmacher-Gewerbe. Derselbe betonte, daß die Gesetzgebung in erster Linie dazu berufen sei, durch Regelung der Produktion bessere Verhältnisse herbeizuführen. Bei der jetzigen Zusammenlegung der gesetzgebenden Körperschaft sei aber absolut nichts zu erwarten. Deshalb müßten wir uns in einer großen Organisation zusammenschließen, um gemeinsam unsere Interessen zu vertreten. Redner empfahl allen Anwesenden in den Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen einzutreten. Mehrere Redner schlossen sich seinen Ausführungen an und legten die Vortheile der Vereinigung klar. Alsdann wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute, den 5. Dezember, im Louisenstädtischen Konzerthaus tagende öffentliche Schuhmacher-Versammlung beschließt: 1. In Erwägung, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Schuhmachergewerbe von Tag zu Tag schlechter werden, dagegen die Preise der Wohnungsmieten und Lebensmittel im steten Steigen begriffen sind, Mann für Mann dem „Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Berlins“ beizutreten, um so durch die Macht der Vereinigung die Lebensbedingungen in unserem Gewerbe zu bekämpfen und für die Schuhmacher bessere Lebensbedingungen zu erringen. 2. Protestirt die Versammlung gegen die von den Junkern und sonstigen arbeitereindlichen Korporationen in neuerer Zeit wieder in Anregung gebrachte Einführung der obligatorischen Arbeitsbücher, weil die Arbeiter durch Einführung derselben zu Staatsbürgern II. Klasse degradirt werden und ihren Arbeitgeber gewissermaßen als Vormund über sich erhalten, dieses aber mit der Würde und Intelligenz des arbeitenden Volkes unvereinbar ist. — Die folgenden Redner sprachen sich einstimmig gegen die Arbeitsbücher, sowie gegen die in den Grundzügen der Alters- und Invalidenversicherung erwähnten Cautionsbücher aus mit der Motivierung, lieber keine derartige Altersversicherung zu haben, als sich auf diese Weise das obligatorische Arbeitsbuch aufdrängen zu lassen.“

— Fachverein sämmtlicher im Drechslergewerk beschäftigten Arbeiter Berlins. Versammlung am Dienstag, den 13. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 49a. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Die Lohnfragen innerhalb der Gewerkschaft und wie schaffen wir Abhilfe.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. — Die Abrechnung des Billets vom Stiftungsfest ersucht der Vorstand spätestens in der Versammlung zu veranlassen.

— Große öffentliche Versammlung sämmtlicher Stockarbeiter Berlins am Dienstag, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.

— Fachverein der Steinträger Berlins. Sonntag, den 11. d. M., Vormittags 11 Uhr, Versammlung in Schöffer's Salon, Jülicherstr. 10. Tagesordnung: Besprechung über den Lohn-tarif 1888. Erwählung des Vorstandes. Verschiedenes und Fragelasten. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Mitglieder zahlreich zu erscheinen. — Billets à 30 Pf. werden zu der am zweiten Weihnachtstertag im Eden-Theater stattfindenden Großen Ratinee ausgegeben.

— Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler. Versammlung Sonnabend, den 10. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Michaelstr. 39. Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. Dr. Baumgart über: „Die Idee des ewigen Völkerrfriedens.“ 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. Es wird gebeten, die Billets vom Stiftungsfest abzurechnen. Billets zu dem am 25. Dezember (zweiten Weihnachtstertag) im Königs-haus-Kasino, Holzmarktstr. 72, stattfindenden Konzert sind in der Versammlung, sowie bei folgenden Herren zu haben: Kadur, Admira-lstr. 26; Stier, Grünauerstr. 16; Claus, Solmsstr. 38, Hof 3 Tr. bei Neumann; Dänzer, Fürstenstr. 19, 2 Tr.; Lerche, Frucht-str. 52, Hof 3 Tr.; Fischholz, Ballhofstr. 16, Hof 3 Tr.; Wersche, Adalbertstr. 16, part.

— Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen. Sonnabend, den 10. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Jordan, Neue Grünstr. 28, Mitglieder-versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Gerst über: „Der Golfstrom und seine Bedeutung für Europa.“ Vierteljahresabrechnung. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis ist befindet sich beim Vorsitzenden, Herrn Carl Brins, Wienerstr. 62, Hof 1 Tr.

— Verein der Parquetbodenleger Berlins. Montag, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Herrn, Manerstr. 86, Versammlung. Tagesordnung: 1. Innere Vereins-angelegenheiten. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten.

— Fachverein der Metallschrauben-, Façonbrecher und Berufsgenossen Berlins. Sonntag, den 11. Dezember, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Böttcher, Köpcke-str. 150 bis 151, Generalversammlung. Tagesordnung: Antrag des Vorstandes wegen Verlegung des Vereinslokales. Die fernere Tages-ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

— Fachverein der Buchbinder und verwandter Berufsgenossen (Verbandsverein). Sonnabend, 10. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Restaurant Neuer, Alte Jakobstr. 83. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Benken-dorff über: „Die inneren Vorgänge beim Denken und Handeln der Menschen.“ 2. Antrag, den nächsten Geselligen Abend betreffend. 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste willkommen. Um recht zahlreichen Besuch bittet der Vorstand.

— Verband deutscher Zimmerleute. Ein großer Wiener Maskenball, von Mitgliedern der Lokalverbände „Berlin Ost“ und „Berlin Süd“ veranstaltet, findet am 19. Januar 1888 in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, zum Besten verunglückter und kranker Zimmerer statt. Eintrittskarten für Herren 50 Pf., für Damen 25 Pf. sind bei sämmtlichen Lokalkassirern des Ver-bandes, bei den Kassirern der Krankenkassen der Zimmerleute, sowie bei den Herren Gernis, Alte Jakobstr. und Kürassierstr. 64 (Destillation); Gustav Dietrich, Jossenerstr. 31; Joseph Schmidt, Pausstr. 3, und F. Jürgens, Landbergstr. 85, zu haben. Des wohlthätigen Zweckes wegen wird um recht zahlreiche Betheiligung gebeten.

— Fachverein der Schlosser und Berufsgenossen. Sonn-abend, den 10. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in Riehl's Lokal, Kommandantenstr. 71—72, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vereins-angelegenheiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes und Fragen.

— Verband deutscher Zimmerleute (Lokalverband Berlin West und Umgegend). Versammlung am Montag, den 12. d. M., Abends 7 1/2 Uhr, in Sange's Salon, Steglitzerstr. 27. Tages-ordnung: 1. Vortrag über Dachausmittlung. 2. Wie verhalten sich die Meister jetzt zu dem Stundenlohn von 50 Pf. 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Quittungsbuch legitimirt.

— Arbeitsnachweis für Zimmerleute. Wir ersuchen die arbeitslosen Kameraden nochmals, sich im Arbeitsnachweis Deuthstraße 10, Abends von 8—9 Uhr, Sonntags Vormittags von 9—12 Uhr zu melden, da Arbeit täglich gemeldet wird.

— Der unentgeltliche Arbeitsnachweis für Klavier-arbeiter befindet sich Waldemarstr. 61, bei Pfister.

— Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sämmtlicher Berufsklassen. Berlin I. Sonnabend, den 10. d. M., Abends 8 Uhr, Blumenstr. 78, Mitgliederversammlung. Tages-ordnung: Wahl der Delegirten zur Generalversammlung und des Ausschusses für das Jahr 1888. Beitrittserklärungen werden in jeder Versammlung, sowie zu jeder Tageszeit beim Vorsitzenden Sasse, Hagenhaide 48, und beim Kassirer Schilling, Kopenstr. 48, entgegengenommen.

— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metall-arbeiter (C. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin 7. Sonnabend, den 10. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, Lindowstr. 26 bei Jakob Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Kasseebericht. 2. Auswahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Die Zahlstellen bleiben für diesen Abend geschlossen, jedoch werden Beiträge in der Versammlung entgegengenommen. — Die Filiale Berlin 6 hält am Sonntag, den 11. Dezember, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant Träger, Gartenstr. 123, eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Wahl der Ortsverwaltung. 2. Verschiedenes.

— Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 38. Sonntag, den 11. d. M., Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. H. Spagier über: „Die Religion des Mohamed.“ — Damen und Herren als Gäste willkommen. — Abends 8 Uhr daselbst Gesellige Versammlung, in welcher ein Vortrag des Herrn Prof. Dr. H. Meyer über: „Burgen und Schlösser des Mittelalters“ stattfindet. (Die Bilder werden mit Hilfe des Projektionsapparates vorgeführt.) Von 6 Uhr ab und nach dem Vortrag findet, von der Gemeinde zum Besten hilfsbedürftiger Mitglieder veranstaltet, ein Bazar statt. Gäste durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt. — Am Montag, den 12. d. M., findet ebendort Abends 8 1/2 Uhr eine beschließende Versammlung der Mitglieder statt. Tagesordnung: Wahl der Kassee-revisoren u. s. w.

## Briefkasten.

Alle Bestellungen bitten wir direkt an den nächsten Exediteur zu richten.

Herr Studentent Heindorf versichert in einer Erklärung, daß er sich sofort, ohne Eingreifen Anderer, erboten habe, die von ihm verlorenen Billets zu bezahlen, daß ihn also ein Vorwurf, wie ihn der Bericht in Nr. 17 enthält, nicht treffen könne.

Fritz G. Herr F. erhielt gestern und gegenüber seine Erklärung vollständig aufrecht, sodas wir bitten müssen, die Sache untereinander abzumachen.

Maurer B. Der alte Raummangel. In nächster Nummer bestimmt.

Straßenabonnee im Norden. Erhalten, wir werden brieflich antworten.

Kaufmann A. a nächster Nummer! Gruß und Dank!